



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



Jahresbericht 2024

Dachverband der deutschen Natur-, Tier-
und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Inhalt

DAS JAHR 2024

Ein schwieriges Jahr für Umwelt, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Seite 4

IM FOKUS

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik

Seite 6

IM FOKUS

Klima und Energie

Seite 14

IM FOKUS

EU-Koordination

Seite 20

IM FOKUS

Verbandspolitik und Zivilgesellschaft

Seite 26

IM FOKUS

Presse und Kommunikation

Seite 30

DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung

Seite 36

IM FOKUS

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

Seite 48

IM FOKUS

Strukturen und Zahlen

Einnahmen/Ausgaben	Seite 52
Projekte	Seite 54
Organigramm des DNR	Seite 55
DNR-Präsidium	Seite 56
DNR-Mitgliedschaften	Seite 57
Vertreter*innen des DNR in verschiedenen Gremien	Seite 58
Leitbild	Seite 59
DNR-Mitglieder	Seite 60
Impressum	Seite 61
	Seite 62

DAS JAHR 2024

Ein schwieriges Jahr für Umwelt, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Das Jahr 2024 war ein Jahr voller kritischer Entwicklungen und schwieriger Weichenstellungen – für den Umwelt- und Naturschutz, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie für die Demokratie in Deutschland, Europa und weltweit. Während die multiplen Krisen unserer Zeit weiter anhielten und sich durch globale Perspektiven noch verstärkten, wurde immer deutlicher, dass ein ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sowie soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen müssen.

Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen blieben im Jahr 2024 besonders herausfordernd: Die Auswirkungen der Inflation, der „Rollback“ beim europäischen Green Deal, das Ringen um eine zukunftsfähige Agrarpolitik sowie die zunehmenden Angriffe auf Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen durch rechtspopulistische Strömungen prägten die Debatten. Europaweit standen die Wahlen zum Europäischen Parlament im Fokus – mit tiefgreifenden Folgen für die künftige Umwelt- und Klimapolitik der EU. Gleichzeitig boten sie die Chance und Notwendigkeit, neue Allianzen für demokratische und nachhaltige Lösungen zu suchen.

Während in Brüssel über den Bestand zentraler Elemente des Green Deals gestritten wurde, kämpfte die Umweltbewegung in Deutschland mit den Folgen einer zunehmend polarisierten Gesellschaft. Die vorgezogene Bundestagswahl forderte die Verbände zusätzlich heraus, denn es war absehbar, dass Umwelt-, Natur- und Tierschutz weitgehend ignoriert würden. Der DNR und seine Mitgliedsorganisationen setzten sich mit einer positiv ausgerichteten Kampagne unter dem Motto „Du willst es? Dann wähl es!“ für den Erhalt ambitionierter Umweltstandards, für mehr Biodiversität und für eine gerechte, sozial-ökologische Transformation ein. Besonders im Fokus stand dabei die Notwendigkeit, klimapolitische Blockaden zu lösen und Rückschritte in der Umweltpolitik zu verhindern.

Klar ist: Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen darf nicht als Hindernis für wirtschaftlichen Fortschritt diskreditiert werden – vielmehr ist er eine Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige Gesellschaft. 2024 zeigte sich einmal mehr, dass Umwelt-, Natur- und Tierschutz untrennbar mit Fragen der Demokratie und Gerechtigkeit verbunden sind. In diesem Sinne wird der DNR weiterhin mit aller Kraft daran arbeiten, ökologische und soziale Herausforderungen gemeinsam zu lösen und eine lebenswerte Zukunft für alle sicherzustellen.



Kai Niebert

Prof. Dr. Kai Niebert
DNR-Präsident



Florian Schöne

Florian Schöne
DNR-Geschäftsführer





IM FOKUS

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik



„Das Jahr 2024 war geprägt von den Landwirtschaftsprotesten und herben Rückschlägen in der Agrarumweltpolitik. Dringend notwendige Vorhaben wie die Novellierung des Dünge-, Wald- oder Tierschutzgesetzes wurden innerhalb der Ampel-Koalition blockiert und konnten nicht zum Abschluss gebracht werden. Ein echter Erfolg war hingegen die Verabschiedung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur. Es ist die Chance, geschädigte Lebensräume zu stärken und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern.“

Björn Pasemann & Svenja Schünemann, Referent*in für Naturschutz und Agrarpolitik



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Lavinia Roveran, Florian Schöne, Svenja Schünemann und Björn Pasemann



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/agrar-natur-und-tierschutzpolitik



IM FOKUS

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik

Das Jahr 2024 startete mit lautstarken Bauernprotesten und einer Politik, die unter dem massiven Druck der Agrarlobby zentrale Grundanforderungen in der Agrarförderung aufweichte. Weiterentwicklungen zum Ausgleich dieser Rückschritte, etwa durch die Einführung neuer Öko-Regelungen in der EU-Agrarpolitik, wurden 2024 zwar diskutiert, aber noch nicht final beschlossen. Zentrale Reformvorhaben, für die sich der DNR eingesetzt hatte (wie die Novellierung des Düngegesetzes, des Bundeswaldgesetzes oder des Tierschutzgesetzes) wurden innerhalb der Ampelregierung zwar weiterverfolgt, konnten jedoch aufgrund von regierungsinternen Blockaden und dem vorzeitigen Aus der Ampel-Koalition nicht mehr zum Abschluss gebracht werden. Dringend notwendige Anpassungen verzögerten sich somit zusätzlich oder rückten in weite Ferne.

Ein großer Lichtblick war hingegen die Verabschiedung der EU-Wiederherstellungsverordnung in Brüssel, die nach langen Verhandlungen einen wichtigen Meilenstein für den Naturschutz darstellt. Erfreulich war ebenso, dass es nach dem Bruch der Ampel-Koalition noch gelungen ist, eine neue Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt 2030 als strategischen Rahmen für den Naturschutz zu verabschieden.

Das Agrar-, Natur- und Tierschutzteam des DNR koordinierte die Mitgliedsorganisationen zu diesen und weiteren Themen, organisierte regelmäßige Strategietreffen, politische Termine und Veranstaltungen, erarbeitete Presseaussendungen und gemeinsame Positionen, veröffentlichte Hintergrundpapiere zu verschiedenen politi-

schen Prozessen und war im regelmäßigen Austausch mit den Ministerien auf Bundes- und Länderebene. 2024 war es außerdem prioritäre Aufgabe des DNR, gemeinsame Forderungen für die Europa- und die Bundestagswahl zu koordinieren.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)

Die erneute Aufweichung der Vorgaben zur Bereitstellung von Brachen als ökologische Rückzugsräume in der GAP (in Folge der Bauernproteste) kritisierte der DNR scharf. Mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit und Briefen setzte sich



„Joint workshop on the NRL adoption and implementation“ am 18. April 2024 in Brüssel. An der von BirdLife, ClientEarth, EEB und WWF organisierten Veranstaltung haben zahlreiche Umweltverbände aus ganz Europa teilgenommen. Foto: RestoreNature Coalition

der DNR für die Beibehaltung dieser Grundanforderung in der Agrarförderung ein. Darüber hinaus brachte sich der DNR für eine Anhebung des Budgets der Öko-Regelungen und Agrarumweltmaßnahmen ein und forderte zusätzliche Öko-Regelungen für die Weidehaltung, eine Stärkung der Biodiversität im Ackerbau sowie für Betriebe mit besonders ausgeglichenen Nährstoffbilanzen. Der DNR war weiterhin im GAP-Begleitausschuss aktiv.

Ausbauziel Ökolandbau

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 einen Anteil von 25 Prozent Ökolandbau zu erreichen. Laut Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurden für Deutschland sogar 30 Prozent angestrebt. Der DNR unterstützte dieses Ziel 2024 und setzt sich weiterhin dafür ein, dass genügend Finanzmittel zu dessen Erreichung bereitgestellt werden.

Pestizide

Nachdem die Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden (SUR) auf EU-Ebene Ende 2023 gescheitert war, lag der Fokus 2024 auf dem Zukunftsprogramm Pflanzenschutz der Bundesregierung. Der DNR stand hierzu in regelmäßigem Austausch mit seinen Mitgliedsverbänden und organisierte gemeinsame Gespräche mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und Abgeordneten. Der DNR warb dabei für verbindliche, erreichbare und messbare Maßnahmen und konkrete Finanzierungsmechanismen wie die Einführung einer Pestizidabgabe. Auch die Einrichtung eines



Gespräch mit Hermann Färber (CDU, Vorsitzender Agrarausschuss). Foto: Björn Pasemann

bundesweiten Registers zur Dokumentation des Pestizideinsatzes war dem DNR ein wichtiges Anliegen. Gemeinsam mit anderen Organisationen war der DNR außerdem im NAP-Forum vertreten (Nationaler Aktionsplan Pflanzenschutz).

Düngepolitik

Das Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission wegen Nichteinhaltung der Nitratrichtlinie wurde – mit der Aussicht auf weitere Anpassungen im Düngerecht, wie der Einführung eines flächendeckenden Monitorings –



2023 vorerst eingestellt. Entsprechend stand 2024 für den DNR die Novelle des Düngegesetzes (inklusive der Novelle der Stoffstrombilanzverordnung und der Monitoringverordnung) im Fokus. Der DNR brachte sich hierzu auch gemeinsam mit der Nitratinitiative, einem gemeinsamen Verbändebündnis, ein. Bedauerlicherweise konnte die Novelle des Düngegesetzes 2024 nicht zum Abschluss gebracht werden. Damit bleibt auch offen, wie es mit dem Vertragsverletzungsverfahren weitergeht.

Neue Gentechnik

Der DNR setzt sich bei neuen Gentechnikverfahren wie der „Gen-Schere“ CRISPR/Cas für die Wahrung des Vorsorgeprinzips, die Sicherstellung der Wahlfreiheit für Landwirtschaft und Verbraucher*innen sowie für die Beibehaltung der Regulierung unter der EU-Freisetzungsrichtlinie ein. Der Verordnungsentwurf der EU-Kommission sieht hingegen eine weitgehende Deregulierung für neue gentechnische Verfahren vor. 2024 sprach sich der DNR daher mit Öffentlichkeitsarbeit, Briefen und einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem BUND gegen die Deregulierung aus und machte auf die Gefahren für die Biodiversität aufmerksam.

Auch auf internationaler Ebene war der DNR 2024 aktiv: Als Mitglied der International Union for Conservation of Nature (IUCN) und Focal Point der deutschen IUCN-Mitglieder setzte sich der DNR mit dem Mitgliedsverband „Save Our Seeds“ weiterhin für eine gemeinsame Posi-

tionierung zur synthetischen Biologie ein und brachte die Forderung nach einem Moratorium für die gentechnische Veränderung wildlebender Arten ein.

Umbau der Tierhaltung

Ein zentraler Hebel für eine zukunftsfähige Landwirtschaft ist der konsequente Umbau hin zu einer Tierhaltung, die gesellschaftlich akzeptiert und ökologisch vertretbar ist. Deshalb engagierte sich der DNR 2024 gemeinsam mit seinen Mitgliedsverbänden für die Umsetzung einer langfristigen Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung. Weitere Themen waren die Einführung einer Öko-Regelung für Weidehaltung sowie die Tierhaltungskennzeichnung.

Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL)

Der DNR wirkte auch 2024 in der ZKL mit und vernetzte hierzu die Mitgliedsverbände. Im Fokus stand die Erarbeitung von aktuellen strategischen Leitlinien und Empfehlungen sowie einem fairen Interessensausgleich. Ende November verabschiedete die ZKL schließlich ihren Abschlussbericht „Zukunft Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in schwierigen Zeiten“, der wichtige Impulse für die weitere Debatte liefert.

Tierschutz

2024 stand die Novelle des Tierschutzgesetzes im Fokus. Der DNR förderte im Rahmen gemeinsamer Strategierunden den Austausch seiner Mitgliedsorganisationen. So wurden mit gemeinsamen Briefen und Forderungs-

papieren die dringende Notwendigkeit einer Tierschutz-gesetznovelle hervorgehoben sowie die Einführung einer Positivliste für Heimtiere gefordert. Auch auf EU-Ebene brachte sich der DNR ein und setzte sich für ein Import-verbot von Jagdtrophäen ein.

Biodiversität

Der DNR stand in regelmäßigem, strategischem Aus-tausch mit seinen Mitgliedsorganisationen zu allgemei-nen Naturschutz- und Biodiversitätsthemen und unter-stützte die Vernetzung und den fachlichen Austausch mit Vertreter*innen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und des Bundesamtes für Naturschutz (BfN). Themenschwerpunkte waren das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK), die Fortschreibung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS), die EU-Wiederherstellungsverordnung sowie fachliche Forde-rungen zur Bundestagswahl.

Natürlicher Klimaschutz, Landnutzung und Moorschutz

Natürlicher Klimaschutz kann entscheidende Synergien von Klimaschutzmaßnahmen und Naturschutz schaffen. Obwohl die Ampelregierung naturbasierten Lösungen – insbesondere durch das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) – einen größeren Stellenwert ein-geräumt hat, stellt der Landnutzungssektor weiterhin eine erhebliche Emissionsquelle dar. Der DNR setzte sich daher für verstärkte Klimaschutzmaßnahmen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft unter Berücksichtigung von Naturschutzziele ein und vernetzte die Verbände zur Verbesserung des Klimaschutzes im Landnutzungssektor. Auf EU-Ebene lag der Schwerpunkt auf der Begleitung des Prozesses zur Verabschiedung der EU-Wiederherstel-lungsverordnung (Nature Restoration Law).

Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK)

Das ANK bietet die Chance, eine umfassende Förderung für ökosystembasierte Klimaschutzmaßnahmen zu ermög-lichen. Seit der Verabschiedung im März 2023 begleitet der DNR das Programm sowie die Ausgestaltung der entspre-chenden Förderrichtlinien mit regelmäßigen Austausch-runden der Verbände sowie von Vertreter*innen von BMUV, Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) und BfN. Der DNR nahm außerdem an Fachforen des Kompetenzzentrums Natürlicher Klimaschutz teil und bereitete diverse politische Termine zum ANK und dessen möglichst unbürokratische Umsetzung vor und nahm selbst daran teil.

Moorschutz

Die Wiedervernässung von Mooren gilt als zentrale Maß-nahme zum Klimaschutz im Landnutzungssektor. Trotz nationaler Moorschutzstrategie und neuer Fördermöglich-

keiten über das ANK gibt es nur zögerliche Fortschritte in der Umsetzung von Wiedervernässungen. Der DNR stand im Rahmen der DNR-Verbändeplattform Moor im regelmäßigen Austausch mit seinen Mitgliedsverbänden und organisierte dafür u. a. Gespräche mit dem BMUV. Im Fokus standen aktuelle Entwicklungen wie ANK-För-derrichtlinien, ein regelmäßiger Praxisaustausch zu Modellprojekten der Moorbiedervernässung sowie die Vorbereitung eines Positionspapiers zu Photovoltaik (PV)-Freiflächenanlagen auf Moorböden.

Nationale Biomassestrategie/ Biokraftstoffe

2024 nahm der DNR an regelmäßigen Verbändetreffen zur Nationalen Biomassestrategie (NABIS) teil und stand dazu auch mit dem BMUV im Austausch. Es wurden außerdem Briefe und Veröffentlichungen der Mitglieds-verbände zur Klimaverträglichkeit von Kraftstoffen aus biogenen Abfall- und Reststoffen sowie zur Streichung der Agrokraftstoff-Förderung im Referentenentwurf für die Renewable Energy Directive (RED) unterstützt.

Wiederherstellung der Natur – Nature Restoration Law (NRL)

Der DNR machte sich 2024 durch Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsame Brief und Gespräche sowie durch die Mitwirkung an der Kampagne „Restore Nature“ für die Verabschiedung der Wiederherstellungsverordnung stark. Dazu bestand ein regelmäßiger Austausch mit den euro-päischen Umweltverbänden und seinen Mitgliedern. Die Verabschiedung der Verordnung im Juni war nach einer langen Zitterpartie ein großer Erfolg für den Naturschutz. Der DNR organisierte im Anschluss daran ein Mitglieder-forum, um mit dem BMUV und dem BfN zur nationalen Umsetzung der Wiederherstellungsverordnung in den Austausch zu treten.

Naturverträglicher Ausbau der erneuerbaren Energien

Ange-sichts der klimapolitischen Ziele und des schleppenden Ausbaus der Windenergie bemühte sich der DNR mit seinen Mitgliedsorganisationen weiter um Lösungs-ansätze für einen beschleunigten naturverträglichen Ausbau der Windenergie an Land. Unter Moderation und Mitwirkung des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE) fanden regelmäßige Austausch-run-den mit den Verbänden statt, bei denen aktuelle Fach-debatten zu den Gesetzgebungsprozessen erfolgten. Darüber hinaus begleitete der DNR den, von der Umwelt-ministerkonferenz (UMK) eingesetzten, Arbeitsprozess für einheitliche Signifikanzkriterien beim Tötungsrisiko für windenergiesensible Vogelarten. Auch zum natur-verträglichen Ausbau der Solarenergie stand der DNR im Jahr 2024 im kontinuierlichen Austausch mit seinen Mitgliedsorganisationen und brachte sich in die De-



batten um naturschutzfachliche Mindeststandards für PV-Freiflächenanlagen und um den Markthochlauf der Agri-PV ein.

Waldpolitik

Der DNR stand 2024 im regelmäßigen Austausch mit seinen Mitgliedsorganisationen und den Bundesministerien zu aktuellen Themen der Waldpolitik. Der Schwerpunkt lag auf der Novelle des Bundeswaldgesetzes. In Gesprächen, gemeinsamen Briefen, mit Positionspapieren sowie einer eigenen Social-Media-Kampagne wurde die Novelle des Bundeswaldgesetzes intensiv begleitet. Bedauerlicherweise wurde die Novelle aufgrund von Blockaden innerhalb der Ampel-Koalition nicht zum Abschluss gebracht.

Gewässerschutz

Das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie, die Gewässer in der EU bis 2027 in einen guten ökologischen Zustand zu überführen, ist wohl nicht mehr erreichbar. Der DNR stand 2024 hierzu in regelmäßigem Austausch mit seinen Mitgliedsverbänden und der parlamentarischen Gruppe „Frei Fließende Flüsse“. Der DNR setzte sich bei den Energieminister*innen in Bund und Ländern für die Beendigung der Förderung von kleinen Wasserkraftanlagen ein und gab gemeinsam mit dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) ein 10-Punkte-Papier zum Hochwasserschutz heraus.

Grenzübergreifende Allianz zum Natur- und Hochwasserschutz an der Oder

Das gemeinsame Engagement mit weiteren Umweltorganisationen im „Aktionsbündnis lebendige Oder“ zum länderübergreifenden Schutz der Oder vor den Ausbauplänen der polnischen Regierung wurde 2024 fortgeführt. So wurde das Klageverfahren gegen das Ausbauvorhaben

fortgesetzt und auf Einhaltung des Gerichtsbeschlusses für einen vorläufigen Baustopp gedrängt. Im November wurde das gerichtliche Hauptsacheverfahren vom Verwaltungsgericht in Warschau wieder aufgenommen und der Beschluss gegen die Genehmigung des Oder-Ausbaus Ende Januar 2025 erneut bestätigt.

Meeresschutz

Der DNR nahm 2024 an regelmäßigen Runden mit den Umwelt- und Entwicklungsverbänden zum Meeresschutz teil und veröffentlichte im November ein gemeinsames Forderungspapier „Meerespolitik 2025 – Eine Zukunft für Meer und Mensch“. Außerdem fanden gemeinsame Gespräche mit dem BfN und dem Parlamentskreis Meerespolitik statt.

Nationales Naturerbe und Wildnis

Der DNR engagiert sich für das Nationale Naturerbe und das Zwei-Prozent-Wildnis-Ziel. Hierfür vernetzt er die privatrechtlichen Stiftungen und Verbände mit Eigentumsflächen im Nationalen Naturerbe und vertritt diese, im vom Bundesumweltministerium initiierten „Naturerbe-Rat“. In der vom DNR ins Leben gerufenen „Initiative Wildnis in Deutschland“ engagieren sich derzeit 21 Naturschutzorganisationen für mehr großflächige Wildnisgebiete in Deutschland.

Deutscher Naturschutztag

Der DNR war 2024 intensiv in die Vorbereitungen des 37. Deutschen Naturschutztags eingebunden, der vom 24. bis 28. September unter dem Motto „Europa Natürlich Verbunden“ in Saarbrücken stattfand und mit über 1.000 Teilnehmenden sehr erfolgreich war. Im Fokus stand die Koordination und Finalisierung von Programmelementen sowie die begleitende Medienarbeit in Abstimmung mit dem gesamten Organisationsteam.



Pressekonferenz beim Deutschen Naturschutztag am 25.09.2024 in Saarbrücken. Von links nach rechts: zugeschaltet Dr. Bettina Hoffmann (Staatssekr. BMUV), Matthias Weber (Pressesprecher Umweltministerium Saarland), Sabine Riewenherm (BfN), Petra Berg (Saarländische Umweltministerin), Florian Schöne (DNR), Christof Martin (BBN). Foto: Melissa Ihlow

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN VON DRITTMITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

CAP4GI – GAP für vielfältige Landschaften

Gefördert durch das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) als Projektträger des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)/Projektreferent für Naturschutz und Agrarpolitik (Björn Pasemann)

Der DNR setzte seine Mitarbeit am BMBF-Verbundprojekt „CAP4GI – GAP für vielfältige Landschaften“ fort, machte hierzu regelmäßig Öffentlichkeitsarbeit und wirkte an diversen Projektpublikationen für den Wissenstransfer zu Politik und Landwirtschaft mit. Im Fokus stand außerdem die Organisation eines parlamentarischen Frühstücks zum Thema „Potenziale der GAP für mehr Biodiversität nutzen: Impulse aus der Praxis in Thüringen und Baden-Württemberg“ sowie die Vorbereitung der Abschlussveranstaltung im Januar 2025. Die Ergebnisse des Projekts wurden außerdem bei weiteren Terminen mit Ministerien, Abgeordneten, der EU-Kommission oder dem Deutschen Bauernverband kommuniziert.

Weitere Themen

Die Themenvielfalt im Bereich der Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik ist groß und das DNR-Team beobachtet zusätzlich zu den Schwerpunktthemen noch ein vielfältiges Spektrum an weiteren Themen, die punktuell relevant werden können oder die von den Mitgliedsverbänden bereits ausreichend abgedeckt werden. Dazu gehörten 2024 unter anderem das EU Sustainable Food Systems Law, das eigentlich schon für 2023 angekündigt worden war, die Debatte um den Schutzstatus großer Beutegreifer wie dem Wolf, die Neuauflage der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie oder das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG).





IM FOKUS

Klima und Energie



„Auch im Jahr 2024 überdeckten geopolitische Spannungen und steigende Kosten die Wahrnehmung der Klimakrise und ihrer Folgen. Durch das vorzeitige Aus der Ampel-Koalition wurden zudem wichtige Vorhaben nicht mehr umgesetzt. Umso wichtiger ist es jetzt, ambitionierten Klimaschutz trotz der vielen Umbrüche als Voraussetzung für eine lebenswerte Zukunft zu verankern. Dafür werben wir bei der Politik und bauen Bündnisse in der Zivilgesellschaft.“

Tobias Pforte-von Randow, Koordinator Politik und Gesellschaft und stellvertretender politischer Geschäftsführer



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Tobias Pforte-von Randow, Alexander Kräß, Birthe März, Christina Stoldt (ab 03/2024), Mateja Kahmann (ab 11/2024)



Mehr Informationen im Internet:
www.dnr.de/themen/klima-und-energie

**IM FOKUS**

Klima und Energie

Auch im Jahr 2024 verdrängten die geopolitischen Spannungen und die Konflikte innerhalb der Ampel-Regierung den Klimaschutz als zentrale Herausforderung. Zwar war die Klimakrise in allen Umfragen weiterhin eines der bestimmenden Themen in der Bevölkerung, aber andere Krisen und auch die Inflation dominierten den politischen Diskurs. Dennoch konnten im Bereich der erneuerbaren Energien und der Industriedekarbonisierung Fortschritte erzielt werden. Der Ausbau von Windenergie und insbesondere der Solarenergie wurde dynamisch gesteigert. Zudem gibt es mit den Klimaschutzverträgen nun ein wirksames Instrument, um Unternehmen bei der Dekarbonisierung zu unterstützen.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Nationale Klima- und Energiepolitik

Mit dem vorzeitigen Ende der Ampel-Koalition im Herbst konnten viele Vorhaben nicht mehr umgesetzt werden. Von einer Strommarkt-Reform bis zum Wasserstoffbeschleunigungsgesetz sind viele Prozesse, an deren Erarbeitung sich auch der DNR beteiligt hatte, vorläufig zum Erliegen gekommen. Wie und in welcher Weise die kommende Regierung diese Prozesse wieder aufnehmen und zu Ende bringen wird, ist zunächst nicht absehbar.

Als Dachverband musste der DNR schnell auf das vorzeitige Ende der Koalition reagieren und entwickelte eine Social-Media-Kampagne, um mit positiven Botschaften u. a. auf die drängendsten Herausforderungen im Klima- und Umweltschutz aufmerksam zu machen.

Der DNR hat die Öffentlichkeit sachlich informiert, betonte die Notwendigkeit eines ambitionierten Klimaschutzes und vertiefte gesellschaftliche Bündnisse u. a. mit Gewerkschaften und Sozialverbänden, um deutlich zu machen, dass Klimaschutz und soziale Fragen kein Gegensatz sind.

Der DNR koordinierte 2024 gemeinsame Forderungen und Botschaften der Umweltverbände zu klima- und energiepolitischen Themen (u. a. zu erneuerbaren Energien, Gas oder Industriedekarbonisierung) in verschiedenen Austauschrunden auf Arbeits- und Geschäftsführungsebene und vertrat die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen in diversen Strategierunden mit Akteur*innen aus Industrie, Zivilgesellschaft oder auch Ministerien. 2024 wurden verschiedene strategische Kooperationen initiiert und organisiert, die u. a. im Bereich einer möglichst sozialverträglichen Energie- und Wärmewende weiter intensiviert werden sollen.

Ausblick auf die neue Legislaturperiode

Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Bundesregierung den Klimaschutz – trotz der nachlassenden öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema – in den Mittelpunkt ihrer Politik rückt. Der DNR wird sich öffentlich und nicht öffentlich gemeinsam mit seinen Mitgliedern dafür einsetzen, dass gerade in Krisenzeiten die Weichen für die notwendige sozial-ökologische Transformation gestellt werden.

Das – mit der Mehrheit des scheidenden Bundestags im März 2025 beschlossene – Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz schafft die Voraussetzung dafür, dass viele notwendige Maßnahmen im Klimaschutz fortgesetzt werden können. Der tatsächliche Bedarf geht aber weit über die vereinbarte Höhe des Sondervermögens hinaus. Die zusätzlichen Mittel, die dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) zugeführt werden sollen, müssen daher unbedingt zur Verstärkung der bereits angelegten Programme im KTF genutzt werden, anstatt Maßnahmen, die nicht primär dem Klimaschutz dienen, daraus zu finanzieren.

Nationales Klimaschutzgesetz

Die Bundesregierung hat 2023 eine deutliche Schwächung des Klimaschutzgesetzes beschlossen. Die Ressortverantwortlichkeit wurde nahezu abgeschafft und die Nachsteuerung im Falle einer Zielverfehlung verzögert. Der DNR hat sich 2024 eingesetzt und wird sich trotz dieses Rückschlags weiter dafür einsetzen, zukünftige Zielverfehlungen zu korrigieren und die verantwortlichen Ressorts klar zu benennen. Zudem werden wir weiterhin die Verabschiedung von Maßnahmen einfordern, die über das unzureichende Klimaschutz-Sofortprogramm hinausgehen. Nur so kann die notwendige Dekarbonisierung von Sektoren wie Verkehr oder Gebäude gewährleistet werden.

Gebäude

Der DNR ist Mitglied im Bündnis bezahlbarer Wohnraum und koordiniert seit Ende 2023 die „Umweltbank“ des Bündnisses. Dazu wurde ein regelmäßig stattfindender

„Jour fixe“ eingeführt. Der DNR nahm ferner an verschiedenen Workshops und Fachdialogen des Bündnisses sowie an den Koordinator*innentreffen und den Bündnis-Arbeitsrunden teil. Ebenso wurden Entwicklungen rund um die Novelle des Baugesetzbuches (insbesondere Paragraph 246e BauGB) sowie die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes begleitet. Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form das Bündnis bezahlbarer Wohnraum in der neuen Legislaturperiode fortgeführt werden wird.

Plattform Wirtschaftswandel/Zivile Enquête

Auch 2024 übernahm der DNR die Koordination und Begleitung der Plattform Wirtschaftswandel/Zivile Enquête, ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Organisationen, welches sich mit der derzeitigen Wirtschaftsweise und deren Auswirkungen beschäftigt.

Planungsbeschleunigung

Der DNR vernetzte erneut seine Mitglieder beim Thema Planungsbeschleunigung aus Umweltsicht, erarbeitete gemeinsame Fachpapiere und stieß zusammen mit seiner Mitgliedsorganisation, dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU), ein Vorhaben zur Verwaltungsbeschleunigung im Bereich der Zulassungs- und Genehmigungsbehörden an.

Digitalisierung

Der DNR engagierte sich weiterhin im wachsenden Trägerkreis des Bündnisses „Bits & Bäume“ durch die Mitarbeit an Stellungnahmen sowie der Erstellung von Forderungen zur Bundestagswahl 2025.

Zusätzlich rückte 2024 das Thema Künstliche Intelligenz stärker in den Fokus des DNR. Dies passierte sowohl intern durch Schulungen von DNR-Mitarbeitenden als auch fachlich durch die Mitarbeit an der Konferenz „KI für den Umwelt- und Naturschutz“ gemeinsam mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV).

Querschnittsthemen und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die grundlegenden Zwänge unseres Wirtschaftssystems spiegeln sich in den Problembeschreibungen der unterschiedlichen Politikfelder wider, zu denen die Verbände arbeiten bzw. in den verschiedenen Sektoren, in denen eine Transformation erforderlich ist. Daher ist es für die Zukunft wichtig, über die einzelnen Themenfelder hinaus diesen Sachverhalt in den Blick zu nehmen und sich zu Fragen der politischen Ökonomie auszutauschen. Hierfür soll ein Austausch des DNR mit interessierten Verbänden weiter koordiniert werden.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN VON DRITTMITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

Erneuerbare Energien/Gas und Wasserstoff

Gefördert durch die European Climate Foundation (ECF)/ Projektreferent für Klima- und Energiepolitik, insbesondere Gas und Wasserstoff (Alexander Kräß), Referentin für Klima- und Energiepolitik, insbesondere erneuerbare Energien und Gebäude (Birthe März)

Im Rahmen des Projekts kommentierte und begleitete der DNR Aktivitäten rund um das Thema erneuerbare Energien und Strommarkt eng gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen. Parallel dazu war der DNR mit weiteren Akteuren wie Energieverbänden, Gewerkschaften und der Wissenschaft im engen Austausch zum Ausbau der erneuerbaren Energien und koordinierte mehrere gemeinsame Aktionen (bspw. Briefe oder Social-Media-Aktivitäten). Darüber hinaus war er Teil der Plattform Klimaneutrales Stromsystem (PKNS) und nahm an zahlreichen Arbeitssitzungen teil.

Ferner wurden regelmäßige Austauschrunden zum Thema Gas und Wasserstoff mit dem Ziel organisiert, insbesondere fossilen Wasserstoff auszuschließen und Wasserstoff nur in Sektoren ohne Möglichkeiten der Elektrifizierung einzusetzen. In diesem Rahmen koordinierte der DNR auch Konsultationen zum künftigen Umgang mit den Gasnetzen und erarbeitete Stellungnahmen zur Beschleunigung des Wasserstoffhochlaufs. Zudem nahm der DNR an Austauschrunden und Formaten der Mitgliedsverbände teil, um den weiteren Umgang mit der LNG- und Gasinfrastruktur zu begleiten. Die entsprechenden Initiativen der Mitgliedsverbände hierzu hat der DNR mit unterstützt.

Erneuerbare Energien

Auch 2024 übernahm der DNR die Koordination der Mitgliedsverbände zum Thema erneuerbare Energien und begleitete relevante Gesetzgebungsprozesse und politische Debatten intensiv. Schwerpunkte lagen 2024 u. a. auf dem Thema Solarenergie. Dazu gehörte die Veröffentlichung einer Studie, in der das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (Fraunhofer ISE) finanzielle Vorteile der Einführung eines bundesweiten Solarstandards für Dächer von Mehrfamilienhäusern untersucht hat. Zudem brachte sich der DNR in die Debatte rund um das Thema Photovoltaik-Freiflächensolaranlagen ein, u. a. im Hinblick auf die Anpassungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Veröffentlichung des Leitfadens des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie zur Diskussion um ökologische Potenziale von Freiflächenanlagen. Weitere Themen, die der DNR 2024 ebenfalls mit seinen Mitgliedsverbänden eng begleitete, sind Energy Sharing, die anstehende Reform

des Strommarktsystems, die Zukunft der Erneuerbaren-Finanzierung sowie aktuelle Entwicklungen rund um das Thema Windenergie an Land.

Gas- und Wasserstoffpolitik

Die energiepolitische Debatte rund um Gas und Wasserstoff bleibt hochdynamisch. Der DNR stellte daher Anfang 2024 gemeinsam mit den Mitgliedsverbänden in einem Planungsworkshop die Weichen für das Jahr. Ein zentraler Fokus lag auf den Gesetzgebungsprozessen zum Umgang mit bestehenden Gasnetzen und deren mögliche Transformation zu Wasserstoff oder Stilllegung sowie zum Wasserstoffbeschleunigungsgesetz. Eine beschleunigte Infrastrukturentwicklung sollte demnach nicht zulasten von Umweltstandards gehen. Gegen Jahresende lag der Fokus auf der Koordination einer gemeinsamen Positionierung zur Bundestagswahl in Zusammenarbeit mit dem Projekt „Gaswende“.

Neben diesen Gesetzgebungsprozessen positionierte sich der DNR gegen eine Abschwächung der europäischen Kriterien für erneuerbare Gase, kritisierte die geplanten Gasbohrungen in der Nordsee und wirkte am Gegen-Gas-Gipfel der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit.

Auch die staatliche Förderung von synthetischem Methan (sNG) bleibt ein kontroverses Thema. Hierzu übernahm der DNR die Koordination der Verbände und formulierte gegenüber dem BMWK klare Positionen, um eine Verschleppung der notwendigen Transformationsprozesse durch sNG zu verhindern.

Industriepolitik

Gefördert durch die European Climate Foundation (ECF)/ Projektreferentin für nationale und europäische Industriepolitik (Christina Stoldt)

Die Förderung durch die European Climate Foundation ermöglichte es dem DNR, industriepolitische Themen näher zu begleiten. Dies äußerte sich durch zweiwöchige Austauschrunden der Mitgliedsverbände zu Industriepolitik, welche mit gemeinsamen Positionierungen und Aktivitäten einhergingen (bspw. Briefe sowie Gespräche mit Ministerien und Abgeordneten).

Im letzten Jahr rückte der Einsatz von Kohlendioxidabscheidung und -speicherung (CCS) durch die Carbon-Management-Strategie und die Anpassung des Kohlendioxidspeicherungsgesetzes (KSpG) verstärkt in den Fokus industriepolitischer Maßnahmen. Das KSpG wurde im November 2024 in einer Anhörung im Bundestag diskutiert. Diesen Prozess begleitete der DNR als Sachverständiger eng und kommentierte ihn gemeinsam mit seinen Mitgliedern kritisch. Das Potenzial von CCS für die Dekarbonisierung wird massiv überhöht, weshalb eine

Eingrenzung der Anwendung auf nicht-dekarbonisierbare Industrieprozesse nötig wäre. Durch das vorzeitige Ende der Ampelkoalition sind die Verhandlungen des KSpG jedoch zum Erliegen gekommen.

Ferner brachte sich der DNR im Stakeholderprozess zur „Langfriststrategie Negativemissionen“ ein und koordinierte seine Mitglieder. Wichtig in der Debatte um Negativemissionen ist für die Verbände, dass die Emissionsentnahmen vorrangig durch natürliche Senken erbracht werden. Technische Senken können eine ergänzende Rolle spielen, ihr Ausbau darf allerdings nicht auf Kosten der natürlichen Senken erfolgen.

Neben der Arbeit mit den Mitgliedsorganisationen spielt in dem Projekt der regelmäßige Austausch mit Akteuren und Akteurinnen aus der Zivilgesellschaft, Industrie und Wissenschaft eine wesentliche Rolle.

Kreislaufwirtschaft

**Gefördert durch die European Climate Foundation (ECF)/
Projektreferentin für deutsche und europäische
Kreislaufwirtschaftspolitik (Mateja Kahmann)**

Der DNR verfolgte auch 2024 die Prozesse zu Kreislaufwirtschaft und organisierte einen regelmäßigen Austausch für die Mitgliedsverbände. Seit dem vierten Quartal 2024 liegt der Fokus der Treffen verstärkt auf europäischer Kreislaufwirtschaftspolitik. Der DNR stellt hier die Weitergabe der Informationen aus Brüssel sicher, u. a. zum von der EU-Kommission für 2026 angekündigten European Circularity Act. Ziel ist es, über eine gemeinsame Positionierung der Verbände frühzeitig Einfluss auf den Entwicklungsprozess des Circular Economy Acts zu nehmen.

Darüber hinaus beteiligte sich der DNR verstärkt am „Netzwerk Ressourcenwende“ und der dortigen Arbeit zur Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie. Er nahm außerdem als Mitglied des Koordinationskreises an den regelmäßigen Vorbereitungstreffen sowie an den Treffen für alle Mitglieder des Netzwerks teil.





IM FOKUS

EU-Koordination



„Bei der Europawahl 2024 wurde Kommissionspräsidentin von der Leyen mit ihrem Green Deal bestätigt und entwickelte diesen mit dem Clean Industrial Deal weiter. Gut so, denn die EU muss Kurs halten bei der Klima- und Umweltpolitik – nur so können wir unseren Wohlstand, Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Die Herausforderungen bleiben allerdings vielfältig: Wie wird der Green Deal sozial untermauert, um alle mitzunehmen? Wie verteidigt die demokratische Mitte die Errungenschaften Europas gegen die extremen Rechten, die vor Desinformation und antidemokratischen Praktiken nicht zurückschrecken?“

Elena Hofmann, Kommissarische Koordinatorin für EU-Politik



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Bjela Vossen, Elena Hofmann, Judith Hermann (ab 10/2024), Christina Stoldt, Mateja Kahmann (ab 11/2024), Juliane Grüning, Katharina Schuster



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/eu-umwelt-und-klimapolitik

IM FOKUS

EU-Koordination

Die EU-Koordination bildet seit über 30 Jahren die Schnittstelle für die Umweltverbände zwischen Berlin und Brüssel. Sie stellt die Verzahnung deutscher und europäischer NGO-Arbeit sicher und koordiniert die deutschen Umweltverbände in ihren Strategien und Aktivitäten zur EU-Politik. Dabei arbeitet der DNR eng mit den Brüsseler Dachverbänden zusammen.

Ziel der EU-Koordination ist es, die deutschen Umwelt- und Naturschutzorganisationen zu befähigen, sich frühzeitig an EU-Gesetzgebungsprozessen zu beteiligen und sicherzustellen, dass die deutschen Umwelt-NGOs sich in die strategisch wichtigen Umwelt- und Klimathemen auch auf europäischer Ebene einbringen und gehört werden. Dies geschieht neben der Bündelung und Koordinierung von Informationen und Aktivitäten – unter anderem über den EU-Umweltnewsletter des DNR – insbesondere durch Strategierunden, Veröffentlichungen, Veranstaltungen sowie Briefe und Termine mit EU-Entscheidungsträger*innen.

Im Jahr 2024 lag der Fokus der EU-Koordination auf der Europawahl im Juni sowie der anschließenden Bildung einer neuen EU-Kommission. Damit war das Jahr von wegweisenden Entscheidungen für die politische Agenda der Europäischen Union der kommenden fünf Jahre geprägt.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Europawahl 2024

Angesichts der sich zuspitzenden Klima- und Biodiversitätskrise ist die Fortführung und Umsetzung des European Green Deals ein zentrales Anliegen für die neue Legislaturperiode. Dies erwies sich als ein herausforderndes Thema – die politischen Debatten spiegelten diese Dringlichkeit nicht in ausreichendem Maße wider, sondern fokussierten sich auf Themen wie Wirtschaft, Inflation, Friedenssicherung und Migration. Umso wichtiger war es, dass der DNR und seine Mitglieder während des Wahlkampfes entschlossen für Umwelt- und Klimaschutz sowie eine gestärkte europäische Demokratie eintraten. Neben einer gezielten Öffentlichkeitskampagne (siehe Presse und Kommunikation) führte der DNR regelmäßige Austausch- und Strategierunden durch und veröffentlichte verschiedene Appelle sowie öffentlichkeitswirksame Aktivitäten (bspw. eine Analyse der Parteiprogramme, Zuarbeit zum „Klimawahlcheck“, bei dem Bürger*innen auf einer Webseite die Klimapositionen der Parteien mit

ihren eigenen Antworten auf klimapolitische Fragen abgleichen können, Teilnahme von Referent*innen an Podcasts zur Europawahl). Außerdem organisierte das Team der EU-Koordination Advocacy-Aktivitäten, wie Briefe und Termine mit relevanten Stakeholdern in der Bundesregierung zur Stärkung des Green Deals in der Strategischen Agenda der EU. Ein besonderes Augenmerk der Arbeit lag dabei auf der Zusammenarbeit zwischen Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzverbänden, Gewerkschaften sowie Unternehmen, um durch gemeinsame Positionen für einen sozialen Green Deal und sozial-gerechte Klimapolitik einzutreten.

Neues Europäisches Parlament und neue EU-Kommission 2024–2029

Um die Arbeit des neuen Europäischen Parlaments in der Legislaturperiode effektiv begleiten zu können, legte der DNR in den ersten Monaten nach der Wahl einen Schwerpunkt auf die Vernetzung zwischen den deutschen Europaabgeordneten (MdEPs) und den DNR-Mitgliedern. Dazu wurden im Dezember die Veranstaltung „Umweltpolitischer Auftakt der neuen EU-Legislatur: Was muss umwelt- und klimapolitisch passieren? Green Deal jetzt umsetzen“ in Brüssel organisiert und bei einer gemeinsamen „Advocacy-Fahrt“ zahlreiche Treffen zwischen Umweltverbänden und MdEPs ermöglicht.

Ein zentrales Thema war auch die Neubesetzung der EU-Kommission. In Zusammenarbeit mit den europäischen Dachverbänden begleitete der DNR im Herbst dazu die Anhörungen der designierten EU-Kommissar*innen durch

das Europäische Parlament und bereitete Willkommensschreiben und Advocacy-Gespräche für 2025 vor.

Informationsvermittlung

Die EU-Koordination bereitete die Prioritäten der EU und die Neubesetzung des Europäischen Parlaments sowie der EU-Kommission auch 2024 regelmäßig durch Updates für DNR-Mitglieder sowie die breite Öffentlichkeit auf. Dazu gehörten regelmäßige Briefings und Readouts für Mitglieder zu zentralen EU-Geschehnissen und ein Capacity Building Workshop für DNR-Mitglieder zu EU Advocacy. Außerdem erschien auch 2024 weiterhin alle 14 Tage der EU-Umweltnewsletter in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Kommunikationsteam.

EU-Klimaziel für 2040

Ursprünglich war die EU-Kommission verpflichtet, im ersten Quartal 2024 einen Gesetzesvorschlag zum EU-Klimaziel für 2040 vorzulegen. Stattdessen wurde von der Kommission – aufgrund der anstehenden Europawahl – in einer Mitteilung ein EU-Klimaziel von netto minus 90 Prozent vorgeschlagen. Der DNR begleitete (unterstützt durch ein ECF-Projekt, siehe unten) diese Diskussionen um das Klimaziel mit einem Positionspapier, mehreren internen Austauschformaten sowie Stakeholdergesprächen mit Abgeordneten und der Bundesregierung. Der Gesetzesvorschlag wird für 2025 erwartet.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN VON DRITTMITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

EU-Klimapolitik

Gefördert durch die European Climate Foundation (ECF)/ Projektreferentin für EU-Klima- und Energiepolitik (Lioba Donner (bis 08/2024), Judith Hermann (ab 10/2024))

Schwerpunkt dieses ECF-Projekts war das EU-Klimaziel für 2040 und die Frage nach der sozialen Abfederung von Klimaschutz. Dabei organisierte der DNR – teils in Kooperation mit der Klima-Allianz Deutschland – verschiedene Austauschrunden zu sozialem Klimaschutz und zum neuen Emissionshandel für Gebäude und Verkehr (ETS II) (krankheitsbedingt auf Januar 2025 verschoben). Zusätzlich konnte der DNR sich an der Advocacyarbeit zu den Klima-Sozialplänen und dem Nationalen Energie- und Klimaplan (NECP) beteiligen und die Arbeit zum EU-Klimaziel für 2040 (s. o.) unterstützen. Außerdem wurden im Projekt einige offene Gesetzgebungsprozesse vor der Europawahl begleitet, insbesondere der Net Zero Industry Act und die Verordnung zur Zertifizierung von Kohlenstoffentnahmen.

Deutsche und europäische Industriepolitik

Gefördert durch die European Climate Foundation (ECF)/ Projektreferentin Christina Stoldt zu Industriepolitik Projektreferentin Mateja Kahmann zu Kreislaufwirtschaft (seit 11/2024)

Im Rahmen dieses Projekts hat der DNR rund um die Europawahl mittels Advocacy-Arbeit die Prioritätensetzung auf Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz begleitet, etwa die Strategische Agenda des Europäischen Rats und die politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin. Dabei setzte sich der DNR vor allem dafür ein, dass der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzung und nicht als Hindernis für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft angesehen wird. Dafür koordinierte der DNR die Ausarbeitung einer Verbändeposition zur europäischen Industriepolitik. Im Anschluss an die Europawahl wurde der Austausch mit Entscheidungsträger*innen im Europäischen Parlament und in nationalen Ministerien gesucht, um zu zentralen Themen wie Elektrifizierung, Kreislaufwirtschaft und Finanzierung der Industrietransformation in den Diskurs zu kommen. Der DNR arbeitete auch bei industriepolitischen Themen eng mit den Dachverbänden auf europäischer Ebene, wie dem Europäischen Umweltbüro (EEB) oder CAN Europe, zusammen.



Im Dezember 2024 organisierte der DNR die Veranstaltung „Umweltpolitischer Auftakt der neuen EU-Legislatur: Was muss umwelt- und klimapolitisch passieren? Green Deal jetzt umsetzen“ in Brüssel. Von links nach rechts (hintere Reihe): Lisa-Maria Okken, Svenja Schünemann, Charly Heberer, André Prescher-Spiridon, Christina Stoldt, Judith Hermann, vorn: Raphael Weyland, Elena Hofmann. Foto: Christina Stoldt



Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings reist in regelmäßigen Abständen mit Interessierten aus den DNR-Mitgliedsverbänden nach Brüssel.
Foto: DNR



Motive der Europawahlkampagne



IM FOKUS



Verbandspolitik und Zivilgesellschaft

„Die Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen haben sich in einem äußerst turbulenten Jahr unter erschwerten Rahmenbedingungen für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen eingesetzt. Dabei galt es nicht nur, die verbliebenen wichtigen politischen Initiativen in Deutschland und Europa zu unterstützen, sondern auch kurzfristige Rückabwicklungen im Bereich des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes zu verhindern. Die zunehmenden Forderungen aus Politik und Öffentlichkeit nach Einschränkung der Arbeit gemeinnütziger Organisationen haben ferner deutlich gemacht, dass wir gerade in stürmischen Zeiten zusammenstehen und unser Engagement in breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen stärken müssen.“

Florian Schöne, DNR-Geschäftsführer



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Florian Schöne, Simone Glück, Anna Geuchen



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/verbandspolitik-und-zivilgesellschaft



Das DNR-Präsidium in neuer Zusammensetzung 2024.

Von links nach rechts: Adrian Johst, Jan Peters, Kai Niebert, Ursula Heinen-Esser, Thomas Schröder, Ute Dicks, Lukas Lindemann-Bülow. Foto: Annika Schmidt/DNR.

Nicht auf dem Bild: Silvie Kreibiehl, Melanie Grimm, Kerstin Reichert, Olaf Bandt.

IM FOKUS

Verbandspolitik und Zivilgesellschaft

Im Zentrum der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten des DNR standen 2024 aktuelle Diskussionen und fachliche Einschätzungen rund um Themen wie Gemeinnützigkeitsrecht, Bürokratieabbau, Engagementpolitik sowie das Erstarken des Rechtspopulismus.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Zivilgesellschaft und Gemeinnützigkeit

Angesichts der Diskussionen um Änderungen im Gemeinnützigkeitsrecht – mit Auswirkungen auf Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlichen Engagements sowie auf eine resiliente, demokratische Gesellschaft – engagierte sich der DNR verstärkt als Partner im Bündnis für Gemeinnützigkeit (BfG). Zentral war hierbei ein Forderungspapier zu zivilgesellschaftlichem Engagement, das als Reaktion auf die Engagementstrategie des Bundes erarbeitet wurde. Ein parlamentarisches Frühstück des BfG zu Engagementpolitik und Gemeinnützigkeit sowie der parlamentarische Abend des Bundesverbands Deutscher Stiftungen boten Möglichkeiten für den Austausch mit Entscheidungsträger*innen. Die vorgezogene Bundestagswahl erforderte zudem die zügige Erarbeitung eines

Papiers mit zentralen Anforderungen der Zivilgesellschaft an die nächste Legislaturperiode. Im Rahmen der Beratungen zum Steuerfortentwicklungsgesetz forderte das Bündnis darüber hinaus Verbesserungen für den gemeinnützigen Sektor hinsichtlich Bürokratieabbau und Rechtssicherheit im Ehrenamt.

Die Themen Planungsbeschleunigung, Bürokratieabbau und Rechtsschutz standen auch innerhalb der auf Umweltrecht spezialisierten Verbände im Fokus. Hier übernahm der DNR eine koordinierende Rolle, auch mit Blick auf die geplante Novelle des Umweltrechtsbehelfsgesetzes.

Im Rahmen eines praxisnahen Mitgliederforums informierte der DNR über die Einführung neuer Eintragungspflichten der politischen Regelungsvorhaben in das Lobbyregister. Zudem agierte er als Schnittstelle zur registerführenden Stelle und war Ansprechpartner für die Verbände.

Durch das Mitwirken im Fachbeirat Strukturentwicklung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) konnte die Verbindung der Umweltverbände zu dieser wichtigen Anlaufstelle für die Förderung ehrenamtlichen Engagements weiter gestärkt werden.

Angeichts von Debatten um Haushaltskürzungen, Demokratieförderung und dem Erstarken rechtsextremer Parteien unterstützte der DNR zudem das Bündnis „Gerade jetzt. Für alle. Deine Zivilgesellschaft“.

Rechtspopulismus

Das generelle Erstarken rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien und Gruppierungen sowie die Verknüpfung dieser Tendenzen mit umwelt-, natur- und klimapolitischen Themen alarmierten in den vergangenen Jahren auch den DNR und seine Mitglieder. Die Ergebnisse der EU-Wahlen im Juni sowie die Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern markierten 2024 einen deutlichen Wendepunkt bisheriger demokratischer Mehrheitsverhältnisse. Die Aktivitäten des DNR wurden daher auch im Hinblick auf die Bundestagswahl 2025 in diesem Bereich intensiviert. Im Vordergrund stand die Unterstützung von Bündnissen für eine vielfältige Gesellschaft und gegen demokratiefeindliche Tendenzen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

Seit April 2024 ist der DNR Mitglied im Bündnis „Zusammen für Demokratie“ und vertritt als aktiver Teilnehmer des Koordinierungsausschusses die Umweltverbände. Das Bündnis ist im Jahresverlauf auf 72 Mitgliedsorganisationen angewachsen und koordiniert Aktivitäten zur Verteidigung der Demokratie. Im Fokus stehen dabei zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte, die – teilweise unter schwierigen Bedingungen – bundesweit für demokratische Werte einstehen. Aus diesem Grund lag der Schwerpunkt 2024 vorrangig auf den Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Da viele Mitgliedsorganisationen des DNR kommunal aktiv sind, bedeutet die Vertretung durch den DNR einen Mehrwert, da im Bündnis zusätzliche Informationsmaterialien erarbeitet und Workshops zu verschiedenen Themen rund um Rechtsextremismus, Gemeinnützigkeit und Resilienzförderung angeboten sowie finanzielle Unterstützung ermöglicht wurde.

Durch die auf Februar 2025 vorgezogene Bundestagswahl mussten die bisherigen Planungen für die ursprünglich im September 2025 terminierte Bundestagswahl umstrukturiert werden. Das Bündnis plant jedoch, die Aktivitäten auch über die Bundestagswahl hinaus im Jahr 2025 fortzuführen.

Kurs Z

Von September 2023 bis April 2024 nahmen 16 Teilnehmende am „Kurs Z – Campaigning und mehr“ für junge Umweltengagierte (früher Zukunftspiloten) teil, den der DNR wieder gemeinsam mit der Bewegungsakademie e.V. angeboten und umgesetzt hat. Der aktuelle Jahrgang startete im Herbst 2024.

Die Teilnehmenden decken ein breites Spektrum aus Verbänden und Umweltbewegung ab und sind unter anderem bei BUND, Campact, Klima-Allianz, VCD, Greenpeace, Unabhängiges Institut für Umweltfragen sowie bei EineWelt-Netzwerken, Fridays for Future und anderen lokalen Initiativen aktiv. Sie alle setzen sich mit hohem Engagement für Umwelt- und Klimaschutz und eine gerechtere Welt ein und erfahren im Kurs das strategische, methodische und persönliche Knowhow, sich dieser Aufgabe auch künftig wirksam zu widmen und dabei auch hauptamtlich in NGOs Fuß zu fassen.

Vernetzung von Expertinnen aus den Mitgliedsorganisationen

Die vom BMUV unterstützte Fortführung der Frauenvernetzung in den Umweltorganisationen hat sich verstetigt und wurde Ende 2023 mittels einer eigenen Verteilerliste zu Gender und Diversity im DNR aufgegriffen. Dadurch soll der Austausch sowie die Vernetzung zu diesem Thema vertieft und verstetigt werden. Der Verteiler wurde mit großem Interesse und Zuspruch von den Mitgliedsorganisationen angenommen und schließt damit eine Lücke im Themenbereich des zivilgesellschaftlichen Engagements des DNR. Mittlerweile beziehen nicht nur Personen aus den Mitgliedsorganisationen, sondern auch Vertreter*innen weiterer Institutionen die Informationen über die Liste.

In Zusammenarbeit mit dem BMUV wurde 2024 mit der Konzeption eines Workshops begonnen, der Organisationen helfen soll, speziell junge Frauen mit Migrationsgeschichte sowie Nicht-Akademikerinnen/Frauen aus niedrigen sozialen Schichten (sowohl für das haupt- als auch für ehrenamtliches Engagement) gewinnen zu können. Zudem soll ein Fokus darauf gelegt werden, wie insbesondere (junge) Frauen in den Organisationen mit Blick auf Führungspositionen gefördert werden können. Dieser Workshop wurde aufgrund der sich ändernden politischen Lage jedoch vertagt.





IM FOKUS

Presse und Kommunikation

„Das Jahr 2024 hielt für das Presse- und Kommunikationsteam einige Überraschungen, Highlights und Herausforderungen bereit: Bestimmende Themen waren die klare Positionierung des DNR gegen Rechtsextremismus, die Durchführung unserer Kampagne zur Europawahl #natürlichwählen, der 37. Deutsche Naturschutztag in Saarbrücken sowie natürlich der vorzeitige Bruch der Ampelkoalition im November.“

Leonie Gehrke, Koordinatorin für Presse und Kommunikation



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Thorsten Greb (bis 03/2024), Leonie Gehrke (ab 04/2024), Adréana Hess, Juliane Grüning, Melissa Ihlow, Marion Busch (freie Mitarbeit)



Mehr Informationen im Internet:
www.dnr.de/presse

**IM FOKUS**

Presse und Kommunikation

Das Presse- und Kommunikationsteam blickt auf ein ereignisreiches Jahr 2024 zurück. Bestimmende Themen waren die klare Positionierung des DNR gegen Rechtsextremismus, die Europawahl am 8. Juni, der 37. Deutsche Naturschutztag (DNT) im September in Saarbrücken, die DNR-Mitgliederversammlung im Oktober sowie der vorzeitige Bruch der Ampelkoalition und die daraus resultierende Vorbereitung der Kommunikation zur Bundestagswahl 2025. Darüber hinaus wurden im Tagesgeschäft die vielfältigen Themen aus den Fachteams des DNR für die Öffentlichkeit aufbereitet und über Pressearbeit, Social-Media-Formate, die DNR-eigenen Newsletter sowie die Website ausgespielt. Dadurch konnte die Sichtbarkeit des DNR in den Medien, der Presselandschaft sowie gegenüber den Mitgliedsorganisationen und der Zivilgesellschaft weiter gesteigert werden.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Pressearbeit

Die klassische Pressearbeit umfasste 2024 wieder vielfältige Aufgaben. Dazu gehörten die enge inhaltliche Abstimmung mit Fachkolleg*innen und Partnerorganisationen sowie der Versand von insgesamt 80 Pressemitteilungen und Statements sowie 45 Publikationen in Form von

Positionspapieren, Stellungnahmen und offenen Briefen. Das Team organisierte und moderierte 2024 insgesamt drei Hintergrund- und Pressegespräche u. a. zur Rolle der Erneuerbaren Energien in Sachsen oder im Rahmen des Bündnisses Bezahlbarer Wohnraum.

Dazu übernahm das Kommunikationsteam wieder die Koordination der Presse- und Interviewanfragen an Fachkolleg*innen sowie das Medienmonitoring und den

Medienspiegel für Mitarbeitende und Mitgliedsverbände.

Zudem begleitete das Team mit Pressearbeit und Live-Berichterstattung über die sozialen Medien die DNR-Mitgliederversammlung im Oktober sowie den politischen Dialog Umwelt.Macht.Politik.

Soziale Medien

In Bezug auf die Social-Media-Kanäle und deren Nutzung gab es 2024 einige Bewegung. Neben der Präsenz auf X (ehemals Twitter) hat das DNR-Kommunikationsteam an einer weiteren Diversifizierung der Social-Media-Präsenz gearbeitet. So fiel mit der Europawahl-Kampagne #natürlichwählen im ersten Quartal 2024 der Startschuss bei Instagram. Im vierten Quartal wurde außerdem anlässlich der DNR-Mitgliederversammlung der erste Post im Netzwerk LinkedIn abgesetzt. Der Schritt war wichtig, um gute Alternativen zu X, der lange als Hauptkanal des DNR fungierte, aufzubauen. Denn auch 2024 hat sich die besorgniserregende Entwicklung der Plattform in Richtung Fakenews und Desinformation weiter durchgesetzt. Durch den intensiven Aufbau der neuen Kanäle kann der DNR gut vorbereitet in absehbarer Zeit auch X verlassen.

Inhaltlich wurden die Kanäle divers bespielt: Dies reichte von eigenen Kampagnen, wie die Aktion der „Statements gegen Rechtsextremismus“ im Zuge der bekanntgewordenen „correctiv-Recherche“ sowie über die große DNR-Kampagne zur Europawahl #natürlichwählen. Ergänzt wurden die Inhalte durch die Begleitung des DNT, der Mitgliederversammlung, Veranstaltungshinweise, Verbreitung von Presse-Statements und DNR-Veröffentlichungen sowie die Unterstützung bei zahlreichen organisationsübergreifenden Aktionen und Kampagnen, wie die Arbeit zum Bundeswaldgesetz oder der kommunikativen Unterstützung bei anderen Allianzen, Bündnissen und Demonstrationen.

Europawahl-Kampagne natürlichwählen.eu

Die erste Jahreshälfte war maßgeblich durch die Konzeption und Durchführung der Kampagne zur Europawahl bestimmt. Um die Kernbotschaft („Du kannst dafür sorgen, dass die Personen, die über die EU-Gesetze entscheiden, verstehen, dass die Klimakrise eines unserer drängendsten Probleme ist und dass wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen in einem demokratischen Europa schützen möchten.“) zu transportieren, wurde – mit Hilfe von zwei beauftragten Agenturen (sustentio GmbH und sinnwerkstatt GmbH) und in sehr enger Abstimmung mit der Mitgliedschaft – die crossmediale Kampagne #natürlichwählen erarbeitet.

Im Zentrum der Kampagne stand die Landingpage natürlichwählen.eu, auf der alle kommunikativen und politi-

schen Aktivitäten des DNR zur Europawahl abgebildet waren. Mit einer Wahlprogrammanalyse, einer Betrachtung der Bilanz des EU-Parlaments und einem Parteien-Check – jeweils aus der Umwelt-, Natur- und Klimaschutzperspektive – konnte der DNR somit Wähler*innen bei ihrer informierten Wahlentscheidung unterstützen und sich als serviceorientierter Dachverband in der Binnen- und Außenkommunikation positionieren.

Den Mitgliedsverbänden wurde für den Kampagnenzeitraum ein großes Kommunikationspaket zur Verfügung gestellt. Dazu gehörte ein umfangreiches Social-Media-Set, das für unterschiedliche Zielgruppen und Themen angelegt war, um der Vielfalt der DNR-Mitgliedsorganisationen gerecht zu werden. Dies enthielt aber auch u. a. einen Kampagnen-Styleguide, ein Leporello, ein Kurzpapier sowie Vorlagen für Sticker, Postkarten und Printanzeigen. Im Ergebnis haben sich 52 Organisationen und Verbände an der Kampagne beteiligt und diese über X, Instagram, TikTok, Bluesky, LinkedIn, Mastodon, Facebook und WhatsApp verbreitet. Die Kampagne führte zu Nutzungszuwächsen der DNR-Website von bis zu 300 Prozent.

Deutscher Naturschutztag (DNT)

Im September 2024 fand der 37. Deutsche Naturschutztag in Saarbrücken statt, den der DNR intensiv mit vorbereitet und begleitet hat. Das DNR-Kommunikationsteam gewährleistete gemeinsam mit den anderen DNT-Veranstalterorganisationen die Vermarktung der Veranstaltung, bewarb diese über Presse und Social Media-Kanäle und vertrat den DNR auch vor Ort mit einem eigenen Stand und eigenen Aktivitäten.

DNR-Newsletter

Auch 2024 erschien wieder monatlich der sogenannte „DNR-Newsletter“. Dieser bildet die aktuellen Aktivitäten des DNR der vorangegangenen Wochen ab und berichtet über Neuigkeiten in der Mitgliedschaft. Zusätzlich hatte jede Ausgabe einen eigenen inhaltlichen Schwerpunkt, welcher in Form eigens verfasster Artikel sowie Interviews mit Expert*innen und Gastbeiträgen beleuchtet wurde. 2024 waren dies u. a. Rechtspopulismus im Umwelt- und Naturschutz, Finanzierung der Transformation, Umweltbildung, Digitalisierung oder naturbasierte Lösungen für den Klima- und Artenschutz. Damit erreicht der DNR aktuell 1.500 Leser*innen.

EU-Umweltnewsletter

Der EU-Umweltnewsletter wurde auch 2024 – in enger Zusammenarbeit mit den Fachteams EU und Agrar – aus dem Kommunikationsteam heraus umgesetzt. Insgesamt konnten 21 Newsletter versendet werden, die pro Ausgabe etwa 5.300 Abonnent*innen erreichen. Für den Newsletter scannte das Team die umweltpolitische Agen-



da der EU auf tagesaktueller Basis und verfasste eigene Fachartikel zu Themen wie Europawahl und Folgen, Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), Updates zum Nature Restoration Law, UN-Klimakonferenz COP29, Chemikalienpolitik, Vertragsverletzungsverfahren oder stellte die neue EU-Kommission vor. Insgesamt wurden dafür 227 Artikel selbst verfasst. Daneben verwies der EU-Umweltnewsletter regelmäßig auf aktuelle EU-bezogene Veröffentlichungen von Mitglieds- und Partnerorganisationen. Ergänzt wurde er durch Serviceangebote in Form von Hinweisen auf anstehende Konsultationen und Termine.

Vorbereitung der Kommunikation zur Bundestagswahl 2025

Ab Ende November war das Kommunikationsteam eng in die Arbeit des Dachverbands zur vorgezogenen Bundestagswahl eingebunden, die für den 23.2.2025 terminiert wurde. Dazu gehörte die Auswahl und das Briefing von Agenturen sowie die frühzeitige Konzeption der Seite bundestagswahl.dnr.de, die bereits vor Jahreswechsel mit den aufbereiteten Forderungen aus energie-, naturschutz-, agrar- sowie tierschutzpolitischer Sicht sowie mit klimapolitischen Forderungen online gehen konnte. Ebenfalls 2024 fand auch die Konzipierung der Kampagne „Du willst es? Dann wähl es!“ statt.



Gastredner Cem Özdemir, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, im Gespräch mit DNR-Präsident Kai Niebert. Foto: Annika Schmidt/DNR





DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung

„Die Rückabwicklung der Globalisierung, Deindustrialisierung und die Rückkehr zur Aufrüstung stellen das althergebrachte deutsche Wirtschaftsmodell fundamental in Frage. Dass das Land dadurch nachhaltiger wird, ist allerdings kaum zu erwarten.“

Jürgen Maier, Projektstellenleiter



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Jürgen Maier (Projektstellenleiter), Marie-Luise Abshagen (Leiterin Nachhaltigkeitspolitik), Tamar Arveladze (Sachbearbeitung & Verwaltung), Ludwig Essig (Koordinator Netzwerk Gerechter Welthandel), Nelly Grotefendt (Referentin Politik, Weltwirtschaft und Handelspolitik), Josephine Koch/Anika Bender (Referentin Rohstoffpolitik), Tom Kurz (Referent Chemikalienpolitik), László Máráz (Koordinator Plattform Wald), Wolfgang Obenland (Leiter Finanzpolitik), Eileen Roth/Judith Hermann (Referentin Nachhaltigkeitspolitik)



Mehr Informationen im Internet:
www.forumue.de



DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung

Im Forum Umwelt und Entwicklung (FUE), gegründet 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio, sind 44 Organisationen aktiv, und es koordiniert die Arbeit deutscher Nicht-regierungsorganisationen (NGOs) an der Schnittstelle von Umwelt, Nachhaltigkeit sowie Entwicklung. Hierfür sind im Forum Umwelt und Entwicklung acht Arbeitsgruppen (AGs) und verschiedene Projektinitiativen angesiedelt, ebenso wie die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und das Netzwerk Gerechter Welthandel. Der DNR ist Rechtsträger des Forums Umwelt und Entwicklung.

Der Rundbrief – die Verbandszeitschrift des Forums Umwelt und Entwicklung – erscheint dreimal jährlich. Im Mai erschien der erste Rundbrief 2024 „Ersticken wir im Plastik? Lösungen für ein globales Problem gesucht“ anlässlich der Verhandlungen für ein globales Plastikabkommen. Der zweite Rundbrief erschien Ende Juli mit dem Titel „Rundgedacht – Wege von der linearen zur zirkulären Wirtschaft“ zum Thema Kreislaufwirtschaft. Der dritte Rundbrief widmete sich dem kontroversen Thema Kohlenstoffspeicherung („Carbon Capture and Storage“). Zusätzlich gaben alle Rundbriefe in den Rubriken „Aktuelles“ und „Aus dem Forum“ Einblicke in aktuelle politische Prozesse.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Handelspolitik & Weltwirtschaft (inkl. AG-Handel)

Zuständig in der Geschäftsstelle: Nelly Grotefendt (bis 09/2024), Wolfgang Obenland

Das Forum Umwelt und Entwicklung begleitete die europäische Handelspolitik auch 2024 in den verschiedenen nationalen und internationalen Kontexten. Im Fokus standen dabei die Koordination der AG und das Netzwerk Gerechter Welthandel (siehe dort).

Die AG Handel traf sich 2024 viermal. Inhaltliche Themen waren u. a. eine Positionierung im Bereich Industriepolitik, die Reform der Welthandelsorganisation (WTO), die Begleitung der 13. WTO-Ministerkonferenz im Februar

2024 sowie diverse anstehende bzw. neu abgeschlossene Handels- und Investitionsabkommen der EU, dabei v. a. das im Dezember ausverhandelte Abkommen mit den MERCOSUR-Staaten.

Seit November 2024 koordiniert das Forum gemeinsam mit dem Netzwerk Gerechter Welthandel außerdem einen Strategieprozess, der die handelspolitische Szene in Deutschland fit für die enormen – und schnellen – geopolitischen Veränderungen weltweit machen soll. Im Mittelpunkt der inhaltlichen Debatten steht dabei v. a., wie das offensichtlich an seine Grenzen stoßende, extrem exportorientierte Wachstumsmodell zukunftsfähig umgebaut werden kann.

Diese Themen stehen auch im Zentrum der Zusammenarbeit des Forums Umwelt und Entwicklung bzw. der AG Handel mit unseren internationalen Partnern. So arbeiten wir weiterhin aktiv mit in der European Trade Justice Coalition und bearbeiten handelspolitische Themen in anderen Zusammenhängen, so 2024 in der Vorbereitung auf den UN-Summit of the Future und die anlaufenden Verhandlungen über die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung.

Eine der Hauptaktivitäten im Jahr 2024 war die Begleitung der 13. WTO-Ministerkonferenz in Abu Dhabi. Nelly Grotefendt und Jürgen Maier berichteten vor Ort, u. a. in der Video-Reihe „Auf Sand gebaut: Das tagesaktuelle Briefing von der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Abu Dhabi“, die auf Youtube veröffentlicht wurde. Der WTO-Blog wurde entsprechend laufend aktualisiert.

Initiative „Konzernmacht beschränken“

Die Initiative „Konzernmacht beschränken“ traf sich im regelmäßigen Rhythmus von sechs bis acht Wochen. Sie beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit den drei thematischen Säulen: der weiteren Reform des deutschen Kartellrechts, der Arbeit zur größer werdenden Rolle von (primär) Technologieunternehmen sowie der Rolle des Lebensmitteleinzelhandels u. a. im Kontext der zunehmenden Lebenshaltungskosten in Deutschland.

AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

Die Sitzungen der Arbeitsgruppen (AGs) stellten auch 2024 einen wichtigen Ort des strategischen und inhaltlichen Austausches für die im Forum Umwelt und Entwicklung beteiligten Organisationen dar.

AG Landwirtschaft und Ernährung (L&E)

Zuständig in der Geschäftsstelle: Josephine Koch (ab 03/2024), Anika Bender (bis 08/2024)

Auch 2024 richtete das Forum Umwelt und Entwicklung im Rahmen des jährlich stattfindenden Global Forum on Food and Agriculture (GFFA) zusammen mit Partner-NGOs erfolgreich ein Panel aus: Am 19. Januar ging es um das Thema „Ungleichheit schafft Hunger – Neue CFS-Politikempfehlungen für gerechtere Ernährungssysteme der Zukunft?“ [CFS: Committee on World Food Security].

Daneben nahm Anika Bender für das Forum Umwelt und Entwicklung an der zweitägigen „Policies against Hunger“-Konferenz des BMEL vom 4. bis 5. Juni teil, die in diesem Jahr eine Sonderkonferenz anlässlich von 20 Jahren „Freiwillige Leitlinien für das Recht auf angemessene Nahrung“ darstellte. Zu diesem Anlass organisierten u. a. Mitglieder der AG L&E eine zivilgesellschaftliche Vorkonferenz am 3. Juni, um Key Messages für die anschließende „Policies against Hunger“-Konferenz zu erarbeiten und einzubringen. Anika Bender und Josephine Koch waren hier ebenfalls beteiligt.

Das AG-Team zur „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“ (AGRA), in dem Josephine Koch mitarbeitet, wurde 2024 nur punktuell aktiv, da es mit dem erwarteten Auslaufen der BMZ-Finanzierung von AGRA-Projekten kaum Anknüpfungspunkte und neuere Entwicklungen gab. Das AGRA-Team stand jedoch weiterhin im Kontakt mit dem BMZ und afrikanischen Partnerorganisationen zu AGRA.

Insgesamt fanden 2024 drei große Treffen der AG L&E statt: am 7. Februar, 16. Mai und 19. September. Hier wurden beispielsweise die Updates und gemeinsame Planungen der Zivilgesellschaft zur Grünen Woche, der „Policies against Hunger“-Konferenz und zu Agrarökologie besprochen. Auch die Themen Bioökonomie, Stickstoffdünger auf Basis grünen Wasserstoffs und die Aktivitäten der Bundesregierung hierzu sowie die Hauptversammlung des UN-Welternährungsausschusses in Rom waren Teil der Arbeit der AG. Der Bereich Gentechnikregulierung auf EU-Ebene wurde vor allem beim Runden Tisch Gentechnik bearbeitet, an deren Treffen das Forum Umwelt und Entwicklung teilweise teilnahm.

Zum Welternährungstag am 16. Oktober und anlässlich des 20. Jubiläums des Rechts auf Nahrung (RaN) koordinierte Josephine Koch die gemeinsame Pressemitteilung der AG und die Erstellung des gemeinsamen Positionspapiers zu 20-Jahre RaN, das an das BMZ und Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) versandt wurde.

Im Rahmen der Mitherausgeberschaft des Forums Umwelt und Entwicklung bei der Zeitschrift Rural 21 fanden verschiedene Video-Sitzungen des Redaktionsbeirats statt, an denen Jürgen Maier teilnahm.

AG Meere und AG Tiefseebergbau

Zuständig in der Geschäftsstelle: Marie-Luise Abshagen

Gemeinsam mit fair oceans und Brot für die Welt führte das Forum Umwelt und Entwicklung wie jedes Jahr eine Meereskonferenz rund um den Welttag der Meere im Juni durch. 2024 war das Thema: Die Zukunft der Ozeane und Meere. Eine weitere gemeinsame Veranstaltung mit fair oceans fand im Rahmen der Verhandlungen zum Plastik-Abkommen in Bremen statt. Die AG Meere hat ihren Austausch Ende 2024 rund um die Vorbereitungen zur im Juni 2025 geplanten UN Ocean Konferenz wieder verstärkt aufgenommen.

Die AG Tiefseebergbau blieb mit monatlichen Treffen ein Ort des sehr intensiven Austausches und der Strategiebildung. Die AG befasste sich weiterhin mit den Ver-

handlungen zu einem möglichen Tiefseebergbau Mining Code und war Ende 2024 vor allem hinsichtlich eines potenziellen erneuten Tests im deutschen Lizenzgebiet aktiv. Marie-Luise Abshagen vertritt die AG weiterhin im internationalen Netzwerk Deep Sea Conservation Coalition (DSCC).

AG Biodiversität

Zuständig in der Geschäftsstelle: Eileen Roth, Jürgen Maier

Zentrales Element der Aktivitäten der AG waren die Vorbereitungen zur COP16 der Biodiversitätskonvention. Viele AG-Mitglieder waren auch vor Ort in Cali, Kolumbien, präsent. Trotz der Verabschiedung des Weltbiodiversitätsabkommens von Montréal im Dezember 2022 fehlen weltweit auf nationaler Ebene entsprechende Maßnahmen, damit der Biodiversitätsverlust bis 2030 auch wirklich gestoppt werden kann. Die AG steht dazu in intensivem Kontakt mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und auch dem BMZ (u. a. Dialogveranstaltung mit dem BMZ am 12. September).



TÄTIGKEITEN DES FUE IM RAHMEN VOM BUND GEFÖRDERTER PROJEKTE

Nachhaltigkeit und Agenda 2030

Gefördert durch das Umweltbundesamt (UBA), zuständig in der Geschäftsstelle: Marie-Luise Abshagen; Eileen Roth (bis 08/2024), Judith Hermann

Mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) werden viele Herausforderungen, Probleme und Chancen nachhaltiger Entwicklung adressiert wie Armutsbekämpfung, Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften. Begleitet wird ihre Umsetzung durch eine Überprüfungsstruktur auf UN-Ebene im Rahmen des Hochrangigen Politischen Forums für Nachhaltige Entwicklung (High Level Political Forum [HLPF]). Staaten haben so die Möglichkeit, im Rahmen von freiwilligen Staatenberichten (Voluntary National Reviews/VNR) über ihre Umsetzungsfortschritte zu berichten. In Deutschland wird die Agenda 2030 u. a. durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) umgesetzt. Das Forum Umwelt und Entwicklung arbeitet zur nationalen, europäischen und internationalen Umsetzung der SDGs und koordiniert die deutsche Zivilgesellschaft diesbezüglich.

Veranstaltungen

Das Forum Umwelt und Entwicklung organisierte Anfang des Jahres die sechsteilige Webinar-Reihe „Wachstum & Nachhaltigkeit. Die UN-Nachhaltigkeitsziele und die Frage nach der Art des Wirtschaftens“ mit den Schwerpunkten Wirtschaftswachstum & SDGs, Alternative Wirtschaftsmodelle (z. B. Donut-Ökonomie, Gemeinwohlökonomie, Suffizienz, Alternative Wohlstandsindikatoren, Unternehmen und Postwachstum, Globale Perspektiven auf Postwachstum, Postwachstum & soziale [Un]Gerechtigkeit) mit Panelist*innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Forschung und Wirtschaft. Die Inhalte der Webinar-Reihe wurden so aufbereitet, dass sie auch weiterhin zur Verfügung stehen und ein breiteres Publikum erreichen können. Das erfolgte durch eine sechsteilige Videoserie, die auf YouTube veröffentlicht wurde, und die die Grundlagen der in der Webinar-Reihe erklärten Inhalte einfach zusammenfasst und eine Einführung in Postwachstumsthematiken in Verbindung mit den SDGs gibt.

Im Rahmen des High Level Political Forums, an dem das Forum Umwelt und Entwicklung teilnahm, wurde zunächst ein Online-Briefing gemeinsam mit dem Global Policy Forum und der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) „Globale Nachhaltigkeitsdiplomatie in Krisenzeiten“ veranstaltet. Auf dem HLPF organisierte das Forum Umwelt und Entwicklung gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Global Call Against Poverty ein Side Event zu „Reforming the Global Tax System: Global Tax Justice to Reduce Inequalities and Finance

Sustainable Development“. Zudem fanden Gespräche mit NROs und Politiker*innen statt, darunter auch mit der Staatssekretärin im BMUV Bettina Hoffmann.

Zwei Diskussionsevents zum Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen wurden im September erneut in Zusammenarbeit mit dem Global Policy Forum, der DGNV und Sustainable Development Solutions Network Deutschland durchgeführt. Live aus New York berichteten Verhandler*innen der Bundesregierung und Zivilgesellschaft über die Entwicklungen, im Anschluss wurde bei einer zweiten Veranstaltung in Berlin über die Ergebnisse diskutiert.

Des Weiteren nahmen die Mitarbeiter*innen an zahlreichen weiteren Workshops und Veranstaltungen als Vortragende oder Podiumsdiskutant*innen teil. Darunter der vom Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss organisierte EECS Civil Society Week, dem Festival dello Sviluppo Sostenibile 2024, einer UN Simulation „Model United Nations“ an der Romain Rolland Schule in Berlin und bei der Jahrestagung des Deutschen Lösungsnetzwerk für nachhaltige Entwicklung (SDSN German).

Beteiligung an Prozessen der Bundesregierung

Die Dialoggruppe zum Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung, in der das Forum Umwelt und Entwicklung Mitglied ist und die regelmäßig vor den Sitzungen der Staatssekretär*innen zusammenkommt, tagte im Projektzeitraum zu den Themen Finanzen, Forschung und Innovation und schadstofffreie Umwelt. Das Forum Umwelt und Entwicklung war bei allen Treffen vertreten, reichte zu ausgewählten Themen im Nachgang schriftliche Stellungnahmen ein und organisierte im Vorfeld der Treffen Austauschrunden mit den Teilnehmenden der Dialoggruppe aus der Zivilgesellschaft. Auch für 2025 wurde das Forum Umwelt und Entwicklung eingeladen, weiterhin als Teil der Dialoggruppe bei den Treffen zur Vorbereitung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung mitzuwirken.

Das Forum Umwelt und Entwicklung nahm zudem an folgenden Dialogforen der Regierung teil: Veranstaltung des BMZ „Zeitenwende für die Agenda 2030 – Beschleunigungsimpulse aus dem zweiten Weltnachhaltigkeitsbericht“ am 1. Februar 2024; der 6. Deutschen High Level Political Forum (HLPF)-Konferenz am 22. April 2024 und dem Forum Nachhaltigkeit im Kanzleramt am 2. September 2024.

Am 5. Juni 2024 war die Projektmitarbeiterin Marie-Luise Abshagen als Sachverständige bei einer Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Bundestag zum Thema „Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und dem

High-Level Political Forum on Sustainable Development, HLPF 2024“ geladen. In ihrem Statement sprach sie u. a. die fehlende Umsetzung der SDGs und die schwache Nachhaltigkeitsstrategie an und schlug fokussierte Maßnahmen für den Rest der Legislaturperiode vor. Diese Anregungen wurden von „heute im bundestag“ umfangreich zitiert.

Die internationale Vernetzung bleibt für die Arbeit des Projektes zentral. Insbesondere der internationale Austausch zur Umsetzung der SDGs auf nationaler Ebene und zur Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteur*innen vor dem Hintergrund divergenter politischer Kontexte ist sehr interessant. Die Projektmitarbeiterinnen beteiligten sich daher aktiv in den Netzwerken Action for Sustainable Development (global) und SDG Watch Europe. Anfang November 2024 nahm Marie-Luise Abshagen an der Hauptversammlung von SDG Watch Europe teil. Der Fokus lag auf der Arbeit mit der Intergroup im Europäischen Parlament zu den SDGs und einer strategischen Neuausrichtung des Netzwerkes zur besseren Einbindung der Mitglieder.

Das Forum ist weiterhin punktuell sehr intensiv bei SDG Watch Europe aktiv, insbesondere auch durch den Austausch mit anderen nationalen und europäischen NGOs zur SDG-Umsetzung innerhalb von Europa.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Rundbrief 2/24 veröffentlichten die Mitarbeiter*innen einen Artikel zum Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen im September 2024 und im Rundbrief 3/24 Überblicksartikel mit Evaluation zur bisherigen Umsetzung von Nachhaltigkeitsgesetzen in der Legislaturperiode.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke (agl), dem zivilgesellschaftlichen Netzwerk Global Call to Action Against Poverty (GCAP) und dem Netzwerk Steuergerechtigkeit veröffentlichte das Forum Umwelt und Entwicklung im Juni ein Positionspapier zu internationaler Steuergerechtigkeit und forderte eine konstruktive Beteiligung Deutschlands an den aktuellen Verhandlungen zu einer UN-Steuerkonvention.

Im Juli beteiligte sich das Forum Umwelt und Entwicklung an der Kommentierung zur Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Eingabe erfolgte über eine Online-Maske der Bundesregierung. Der Fokus wurde dabei auf prozedurale Punkte und einige ausgewählte inhaltliche Schwerpunkte in den Kapiteln schadstofffreie Umwelt und Kreislaufwirtschaft gelegt.

Der Rundbrief III/2024 widmete sich dem stark diskutierten Thema Carbon Capture and Storage. Darin konnten

in einem Artikel u. a. die Auswirkungen auf Globale Gerechtigkeit und die Frage, warum diese Technologie keinen Beitrag zur Umsetzung der Green Economy leistet, beleuchtet werden.

Im Juli 2025 wird Deutschland (voraussichtlich) erneut beim High Level Political Forum in New York mit seinem Voluntary National Review (VNR) über die Umsetzung der SDGs berichten. Erstmals wurde hierfür angeregt, auch zivilgesellschaftliche Beteiligungen direkt im Bericht darzustellen und einige Seiten dafür zu reservieren. Der Beteiligungsprozess begann im Dezember 2024 mit mehreren Terminen, an denen Marie-Luise Abshagen teilnahm. Das Forum Umwelt und Entwicklung koordinierte zudem die Beteiligung der Zivilgesellschaft und gemeinsame Statements.

Dialogplattform Wald (inkl. AG Wälder)

Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN), zuständig in der Geschäftsstelle: László Maráz

Das Projekt will im Rahmen von Diskussionen und im Dialog mit den relevanten Akteur*innen (Waldbesitzer*innen und Forstwirtschaft, Holznutzer*innen und Umweltverbände) dazu beitragen, die Kohärenz zwischen drei wichtigen Zielsetzungen der Waldpolitik zu fördern. Gemeinsam mit den beteiligten Akteursgruppen sollen Strategien für den Umgang mit Wäldern erarbeitet werden, um die Anliegen Schutz der biologischen Vielfalt, Klimaschutz und Erzeugung und Nutzung (v. a. des nachwachsenden Rohstoffes Holz) so zu gestalten, dass jedes dieser Felder in ausreichendem oder gar bestmöglichem Umfang gefördert werden kann und sie sich untereinander nicht maßgeblich schaden. Wichtiger Aspekt ist und wird es weitere sein, den Wäldern mehr Chancen zu geben, auch im Rahmen der Klimakrise bestmöglich zu funktionieren. Dies beinhaltet eine schonendere Holzernte und die Verringerung der Bodenschäden etwa durch Verringerung der Erntemengen. Hilfreich dafür wäre eine nachhaltigere Holzverwendungsstrategie, effizienterer und sparsamerer Umgang mit Holz.

Wichtig waren 2024 die geplante Novellierung des Bundeswaldgesetzes mit zahlreichen Terminen und das Thema Brennholz. Im September fand ein Bioökonomie-Workshop gemeinsam mit denkhausbreiten statt. Im November und Dezember gab es drei Tagungen der Dialogplattform Wald zur nationalen und zur internationalen Waldpolitik mit Schwerpunkt auf Ursachen der Entwaldung und Wälder in der Klimakrise.

Zum Projekt gehört auch die Teilnahme an einer Vielzahl von Konferenzen, Tagungen, Seminaren und Gesprächen der beteiligten Akteur*innen und auch des BMEL.



Ressourcenpolitik

Gefördert durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des BMWK, zuständig in der Geschäftsstelle: Josephine Koch (ab 3/2024), Anika Bender (bis 7/2024)

Deutsche Extractive Industries Transparency Initiative (D-EITI)

Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ist eine globale Initiative für mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz im Rohstoffsektor. Deutschland (D-EITI) ist ihr 2015 beigetreten und hat sich somit verpflichtet, in einem jährlichen Bericht rohstoffbezogene Finanzströme zwischen Regierung und Wirtschaft sowie weitere wichtige Informationen über den Rohstoffabbau in Deutschland offenzulegen. Der D-EITI-Bericht wird gemeinsam von einer Multi Stakeholder Gruppe (MSG) aus Vertreter*innen der Regierung, Industrie und Zivilgesellschaft erstellt. Das Forum Umwelt und Entwicklung ist Teil der zivilgesellschaftlichen Gruppe und vertritt dort auch den Arbeitskreis Rohstoffe.

Eines der zentralen Themen 2024 waren die Änderungen des neuen EITI-Standards (von 2023), die für uns als Zivilgesellschaft und unsere kommende D-EITI-Arbeit besonders relevant sein könnten. Dazu gehören z. B. die Themen Beneficial Ownership, vereinfachte Genehmigungsverfahren für Bergbauprojekte und damit verbundene Risiken, Explorationsvorhaben in Deutschland, Offenlegung von Treibhausgasemissionen durch Rohstoffförderungen, Steuererleichterungen oder Informationen zu der Einrichtung von Rohstofffonds.

Anfang April wurde zudem das vorläufige Ergebnis der D-EITI-Validierung für den Zeitraum Mai 2019 bis Oktober 2023 (aber noch nach altem Standard von 2019)

durch das internationale Sekretariat bekannt gegeben. Demnach erreichte Deutschland 88 von 100 Punkten und liegt damit im High-Score-Bereich. Besonders gut bewertet wurden „Outcomes and Impact“ von D-EITI sowie „Stakeholder Engagement“, weniger gut aber die „Transparency“ einiger Daten, v. a. zu den wirtschaftlichen Eigentümern. Damit liegt Deutschland auf Platz 6, nach dem Spitzenreiter Senegal und Ländern wie Armenien, Sambia oder Trinidad and Tobago. Anika Bender und Josephine Koch organisierten am 17. April einen zivilgesellschaftlichen Austausch zu den Implikationen des neuen Standards für die kommende 7. D-EITI-Berichterstattung und den vorläufigen Validierungsergebnissen. In der MSG abgestimmt wurde sodann eine Kommentierung der Validierung.

Auf dem 60. EITI Board Meeting in Genf wurde am 19. Juni 2024 das endgültige Validierungsergebnis der D-EITI mit einem Highscore (89/100 Punkte) beschlossen. Damit konnte die deutsche EITI im Vergleich zum vorläufigen Validierungsergebnis noch einen Punkt gut machen, an der Einstufung als „Highscore“ änderte sich dadurch aber nichts. Im Vorlauf der 29. MSG-Sitzung fanden am 12. Juni und 1. Juli vorbereitende Treffen der Zivilgesellschaft statt. Auf der 29. MSG-Sitzung am 4. Juli vertrat Anika Bender das Forum Umwelt und Entwicklung. Zum Auftakt des 7. D-EITI Berichtszyklus nahm die D-EITI Sonderbeauftragte und Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner an der Sitzung teil. Im Berichtszeitraum wurden die Standardänderungen und Validierungsergebnisse über die Kontextberichterstattung und über den Unabhängigen Verwalter sukzessive umgesetzt. Daher lag der Fokus seitens der Zivilgesellschaft nicht auf der Einbringung neuer Themen, sondern auf der Stärkung für die Zivilgesellschaft besonders relevanter Standardänderungen im Bericht.

Rohstoff- und Ressourcenwende

Bestimmendes Thema im Netzwerk Ressourcenwende war die Veröffentlichung des Entwurfs für eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS) durch das Bundesumweltministerium (BMUV) am 17. Juni. Anika Bender und Josephine Koch bereiteten auf Grundlage dieses Entwurfs eine Stellungnahme vor, die am 9. Juli bei der zuständigen Stelle im BMUV eingereicht wurde. Der NKWS-Entwurf beinhaltet vier wichtige und ambitionierte Leitziele, die zur Ressourcenschonung beitragen können, wenn sie von konkreten Maßnahmen begleitet werden. Die Maßnahmen im Entwurf waren allerdings zu vage. Den Rundbrief II/2024 mit dem Titel „Rundgedacht – Wege von der linearen zur zirkulären Wirtschaft“, den Josephine Koch und Anika Bender redaktionell verantworteten, ergänzten sie bereits kurz nach der Veröffentlichung des NKWS-Entwurfs mit einer Einlage mit der Kurzanalyse „Der zirkulären Zukunft ein Stück näherkommen“. Die NKWS wurde am 4. Dezember vom Kabinett beschlossen, allerdings mit teils verwässerten Leitzielen. Josephine Koch ist weiterhin Teil des Koordinierungskreises des Netzwerks Ressourcenwende und nahm an den Netzwerktreffen und Untergruppentreffen (zur NKWS oder dem Ressourcenschutzgesetz) teil.

Das Forum Umwelt und Entwicklung war auch im Jahr 2024 aktives Mitglied des Koordinierungskreises (Ko-Kreis) des Arbeitskreises (AK) Rohstoffe. Nach der Finalisierung des Critical Raw Material Acts (CRMA) und der Einigung im Europaparlament beschäftigte sich die AG CRMA des AK Rohstoffe nun mit der Umsetzung des CRMA in Deutschland. Der CRMA sieht vor, den europäischen Bergbau und die Verarbeitung strategischer Rohstoffe zu stärken, zusätzlich soll die Abhängigkeit von einzelnen Ländern begrenzt werden und das Recycling von strategischen Rohstoffen gefördert werden. Bedenklich ist nicht nur die Formulierung des „überwiegenden öffentlichen Interesses“ von strategischen Projekten. Projekte sollen außerdem von beschleunigten Genehmigungsverfahren und einem erleichterten Zugang zu Finanzmitteln profitieren.

Am 27. Mai fand die jährliche Frühjahrstagung des AK Rohstoffe statt. Im Fokus standen ressourcenleichte Wirtschaften in Deutschland und „Verantwortungsvolle Rohstofflieferketten für eine global gerechte und sozial-ökologische Wirtschaftstransformation“. Weitere Themen waren der Rohstofffonds, die vorgesehenen Strategischen Projekte des Critical Raw Materials Act (CRMA), die EU-Batterieverordnung und die Europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD).

Ende Juli wurde unter Federführung der FUE-Mitgliedsorganisation PowerShift ein gemeinsames Hintergrundpapier „Zivilgesellschaftliche Anforderungen an die sog.

‘Strategischen Projekte’ zur Versorgung mit kritischen Rohstoffen“ veröffentlicht, an dem u. a. Josephine Koch mitgearbeitet hat. Es wurde von 14 Organisationen mitgezeichnet und an ausgewählte Abgeordnete des ITRE-Ausschusses (Committee on Industry, Research and Energy des EU-Parlaments) geschickt, der maßgeblich für die strategischen Projekte verantwortlich ist.

Ferner fanden die Alternative Rohstoffwoche (7.-14. Oktober) als auch der 2. Alternative Rohstoffgipfel am 10. Oktober statt. Ziel des Rohstoffgipfels war es, Akteur*innen aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und (inter-)nationaler Zivilgesellschaft eine Plattform zu bieten, um umfassend über eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik zu diskutieren und nächste wichtige Schritte für eine Rohstoffwende auszuloten.

Bei der Wintertagung des AK am 28. November war das Thema „heimischer Bergbau“ zentral. Unter anderem berichtete eine Vertreterin von der Grünen Liga Sachsen zum geplanten Lithiumabbau in Zinnwald. Josephine Koch leistete einen Input zu Genehmigungsverfahren und zu Rohstoffabbau bezogenen Zahlungen von Rohstoffunternehmen in Deutschland. Zudem organisierte sie eine Diskussionsrunde mit einem Vertreter der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) zum möglichen Metallabbau und zu Explorationsprojekten in Deutschland.

Josephine Koch ist außerdem weiterhin im Netzwerk Metallwende vertreten, in dem sich Vertreter*innen der Zivilgesellschaft mit Vertreter*innen der IG Metall austauschen, zuletzt in einem halbtägigen Treffen am 7. November.

Chemikalien/Global Framework on Chemicals

Gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), zuständig in der Geschäftsstelle:

Tom Kurz

Nachdem im September 2023 auf der Weltchemikalienkonferenz in Bonn das neue Rahmenwerk „Global Framework on Chemicals – for a Planet free of Harm from Chemicals and Waste“ (GFC) beschlossen wurde, stand das Jahr 2024 im Zeichen der ersten Umsetzungsschritte. Der Fokus in der Arbeit lag auf der Entwicklung von belastbaren Indikatoren und einer Messbarkeitsstruktur, um Fortschritte und Erfolge des Rahmenwerks hinsichtlich der 28 gesetzten Ziele und der übergeordneten Agenda beurteilen zu können. Hierfür wurden drei Arbeitsgruppen gegründet, die unterschiedliche Indikatoren entwickelten. Die Arbeitsgruppen kamen einmal im Quartal zusammen, um über den Arbeitsstand und Fortschritte zu berichten. Die Arbeit erfolgte komplett virtuell. Ebenso wurden erste Implementierungsprogramme erarbeitet und vorgestellt.



Auch hier gab es virtuelle Arbeitsprozesse. Die deutsche Zivilgesellschaft hat sich darüber hinaus mit deutschen und internationalen Stakeholdern zum GFC und über den Prozess zur Weiterentwicklung ausgetauscht.

Die deutsche Zivilgesellschaft bringt sich in diesen Prozess ein und wird dabei vom Forum Umwelt und Entwicklung koordiniert. Da alle Organisationen jedoch unterschiedliche Schwerpunkte haben, braucht es noch eine genauere Identifikation für das Feld der Zusammenarbeit. Problematisch ist, dass keine der Partnerorganisationen eine Finanzierung und damit nur eingeschränkte Kapazitäten für die Arbeit zum internationalen Chemikalienmanagement hat.

Über das internationale Chemikalienmanagement hinaus lag der Fokus auf der Regulierung der per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) auf Ebene der EU. Ein unter anderem von deutschen Behörden bereits 2023 eingereichter Vorschlag zur Beschränkung der Gruppe sieht weitreichende Nutzungsverbote für PFAS vor. Diesen Vorschlag unterstützen wir aus der Zivilgesellschaft ausdrücklich. Nicht nur würde ein Verbot von PFAS Mensch und Umwelt vor den erheblichen negativen Auswirkungen innerhalb der EU schützen, sondern eine Regulierung einer ganzen Stoffgruppe auf Ebene der EU wäre auch ein wichtiges Zeichen für das internationale Chemikalienmanagement.

Als Zivilgesellschaft haben wir verschiedene Stellungnahmen erarbeitet und veröffentlicht, zu ausgewählten Anlässen Öffentlichkeitsarbeit betrieben sowie Briefe an Entscheidungsträger*innen verfasst. Im Zeitraum September bis Dezember fand außerdem eine Webinar-Reihe zusammen mit Kooperationspartnern statt, die chemiepolitische Themen kurz und prägnant beleuchtete. Dabei wurden Lösungsansätze auf unterschiedlichen politischen Ebenen diskutiert.

Das Forum Umwelt und Entwicklung ist zudem im zivilgesellschaftlichen Bündnis Exit Plastik aktiv. Neben

dem Einbringen von chemiepolitischen Aspekten in die Bündnisarbeit lag der Fokus vor allem auf dem Einbezug einer entwicklungspolitischen Perspektive in die deutsche Diskussion und das Bündnis.

TÄTIGKEITEN DES FUE IM RAHMEN VON DRITTMITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Gefördert durch die GIZ, zuständig in der Geschäftsstelle: Wolfgang Obenland

Im Zentrum des Arbeitsbereichs stand 2024 die Weiterarbeit in einem durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) finanzierten Projekt, das es dem Forum Umwelt und Entwicklung ermöglicht, im Themenbereich „Finanzierung nachhaltiger Entwicklung“ zu einer besseren Abstimmung der Aktivitäten und Positionen zivilgesellschaftlicher Akteure beizutragen, diese stärker in die politischen Zusammenhänge auf nationaler und globaler Ebene einzuspeisen und, wo nötig, durch eigene Aktivitäten zu unterstützen.

Inhaltlich wurde weiter an den Themen des Projekts mit Schwerpunkt auf dem Financing for Development-Prozess (FfD) der Vereinten Nationen gearbeitet. Der Fokus lag 2024 klar auf den beginnenden Verhandlungen für die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4). Dafür nahm das Forum u. a. an einem UN-Retreat in Mexico City sowie am for Development (FfD)-Follow-up des Wirtschafts- und Sozialrats der UN (ECOSOC) im April 2024 und zuletzt an einer Verhandlungsrunde im Dezember 2024 in New York teil. In Vor- und Nachbereitung dieser Treffen wurden diverse Gespräche mit Vertreter*innen der Bundesregierung und anderen zentralen Akteur*innen, u. a. im UN-Sekretariat und im Bundestag geführt.

Um den beginnenden Vorbereitungsprozess für FfD4 entsprechend zu begleiten, veröffentlichten wir außerdem drei

Briefing-Paper mit personalisierten Meinungsbeiträgen:

- Ellmers, Bodo und Wolfgang Obenland (2024): Bitte Wenden! Die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung und ihre größten Herausforderungen. Berlin/Bonn: Forum Umwelt & Entwicklung/Global Policy Forum Europe.
- In diesem, am 11. März 2024 veröffentlichten Briefing Paper geben die Autoren einen Überblick über den Financing for Development-Prozess, die Herausforderungen für die anstehende 4. FfD-Konferenz, die anstehenden Verhandlungen sowie mögliche bzw. wünschenswerte Ergebnisse.
- Struchholz, Luzie (2024): Finanzierung ökologischer Gerechtigkeit – Das Recht auf eine gesunde Umwelt und seine finanzpolitischen Implikationen. Berlin: Forum Umwelt & Entwicklung.
- In diesem am 18. März 2024 erschienenen Arbeitspapier geht Luzie Struchholz der Frage nach, welche konkreten Änderungen und neuen Pflichten für die Staaten die Anerkennung des Rechts auf eine gesunde Umwelt mit sich bringt und welche finanziellen Pflichten sich daraus für Deutschland im Umweltbereich ergeben. Die Bedeutung des Themas für die im Jahr 2025 anstehende 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung beleuchtet Wolfgang Obenland.
- Obenland, Wolfgang (2024): Vom Ende her gedacht – Erste Überlegungen zum Follow-up für die 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung. Berlin: Forum Umwelt & Entwicklung.

In diesem am 17. April 2024 herausgegebenen Papier wirft Wolfgang Obenland einen Blick voraus auf mögliche und nötige Ergebnisse der 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Sachen Follow-up-Prozess und zieht Lehren u. a. aus den seit 2016 erschienenen Financing Sustainable Development Reports und den Ergebnissen der sog. ECOSOC Forums on Financing for Development Follow-up.

Begleitet hat das Projekt außerdem die diversen politischen und zivilgesellschaftlichen Diskussionen rund um internationale Events und Prozesse. Dazu gehörten z. B. der „Summit of the Future“ der im September 2024 zu Reformen des UN-Multilateralismus beitragen sollte. Im vom Projekt koordinierten Verbändenetzwerk gab es mehrere Treffen. International wurde die intensive Netzwerkarbeit fortgeführt. Das Forum Umwelt und Entwicklung ist aktiv im Civil Society Financing for Development Mechanism und vertritt dieses Gremium weiter im Governing Body des Regional Civil Society Engagement Mechanism bei der UN Economic Commission for Europe (UNECE). Neben der Vorbereitung des ECOSOC Forum on Financing for Development-Follow-up standen hier das Regional Forum on Sustainable Development der UNECE sowie die

anlaufenden Verhandlungen bzw. Vorbereitungen auf den „Summit of the Future“ im Mittelpunkt.

Auf der Projektwebseite, die kontinuierlich zu einem Sammelpunkt für Informationen rund um finanzpolitische Themen ausgebaut wird, wurden regelmäßig neue Beiträge veröffentlicht. Der Newsletter „Transformator“ wurde weiter beworben.

Netzwerk Gerechter Welthandel

Gefördert durch Beiträge der Trägerorganisationen, zuständig im Forum: Ludwig Essig

Strategische Planungen und politische Begleitung

Zu Beginn des Jahres plante das Netzwerk Gerechter Welthandel ein Strategietreffen mit dem CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung sowie dem Arbeitskreis Rohstoffe. Außerdem fand die Abstimmung über das modernisierte EU-Chile-Freihandelsabkommen statt. Das Netzwerk Gerechter Welthandel begleitete diesen Prozess intensiv und trug zur öffentlichen Debatte bei. In einem Meinungsbeitrag in der taz konnte Ludwig Essig die Kritik an den möglichen negativen Auswirkungen auf Sozial- und Umweltstandards darlegen. Zusätzlich startete das Netzwerk Gerechter Welthandel eine E-Mail-Aktion an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit der Aufforderung, das Abkommen in der jetzigen Form abzulehnen.

Handelspolitische Initiativen und Kooperationen

Im Februar folgte eine Einladung nach Brüssel zu einem hochrangigen Austausch über die europäische Handelspolitik mit der deutschen Ständigen Vertretung (Stäv). Ein bedeutendes Projekt in diesem Jahr war die Veröffentlichung des Reports „EU-Mercosur: Verlorene Transparenz“, der in zehn zentralen Punkten die Intransparenz der Verhandlungen zum EU-Mercosur-Abkommen aufdeckte. Der Report wurde zudem ins Englische übersetzt und gemeinsam mit Anders Handeln sowie Friends of the Earth Europe veröffentlicht.

Ein weiterer Schwerpunkt lag im Frühjahr auf den Vorbereitungen für die Europawahl. Das Netzwerk beteiligte sich an einer europaweiten Pledge-Kampagne, die auf der Website eingebunden wurde. Darin konnten Kandidat*innen für das EU-Parlament „versprechen“, im Falle einer Wahl bestimmte Abkommen abzulehnen und sich für einen sozial-gerechten sowie ökologischen Welthandel einzusetzen. Zudem entwickelte das Netzwerk Wahlprüfsteine, die in Form eines Flyers veröffentlicht und analysiert wurden. Im Jahr 2024 intensivierte das Netzwerk außerdem mit Gesprächen und gegenseitigen Einladungen zu Veranstaltungen den Austausch mit der Verbraucherzentrale.

Projekte und Kampagnen

Eine der wichtigsten Aktionen war der "Anti-Milei-Monat" im Juni. In enger Zusammenarbeit mit Argentinien-Initiativen in Deutschland wurde ein breit unterstützter Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz verfasst. Zudem organisierte das Netzwerk 18 Aktionen, Veranstaltungen und Demonstrationen in Berlin und Hamburg rund um den Staatsbesuch des argentinischen Präsidenten Javier Milei.

Ein weiteres Fokusthema war EU-Indonesien. Das Netzwerk nahm in diesem Jahr intensivere Kontakte zu Organisationen auf, die zu diesem Handelsabkommen arbeiten. In diesem Zusammenhang veröffentlichte das Netzwerk zwei gemeinsame Erklärungen und forderte mehr Transparenz sowie eine stärkere Beteiligung.

Nach der Europawahl

Nach der Europawahl wurde ein vorbereitetes Willkommenspaket an die neu gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEPs) versendet. Dieses enthielt ein elfseitiges Informationsschreiben, das zentrale handelspolitische Themen wie Freihandelsabkommen, Rohstoffpolitik und Investitionsschutz zusammenfasste. Die Pakete wurden sowohl postalisch als auch digital versendet. In der Folge führte das Netzwerk zahlreiche Gespräche mit verschiedenen Abgeordneten.

Neben dem Engagement zu EU-Indonesien nahm das Netzwerk 2024 verstärkt das Thema Doppelstandards im EU-Export in den Fokus. Im November wurde ein zweitägiges Strategietreffen mit Mitgliedern und engen Partnerorganisationen organisiert. Neben inhaltlichen Vorträgen wurden dort zukünftige Aktionen und Veranstaltungen für 2025 geplant. Darunter fiel u. a. eine Fachtagung im Juni sowie die begleitenden Maßnahmen zur geplanten Abstimmung über das EU-Mercosur-Abkommen im Europäischen Parlament.

Vernetzung

Das Münchner Netzwerk für Gerechten Welthandel, ein Mitglied unseres bundesweiten Netzwerks, feierte 2024 sein zehnjähriges Bestehen. Ludwig Essig war eingeladen, einen Vortrag zu halten und an den Feierlichkeiten teilzunehmen. Der enge Austausch mit lokalen Bündnissen und Initiativen bleibt essenziell, da sie das Rückgrat der Kampagnen und Aktionstage des Netzwerks bilden.

EU-Mercosur-Abkommen

Nach langen Verhandlungen und intensiven Diskussionen wurde am 6. Dezember die politische Einigung über das EU-Mercosur-Abkommen erzielt.

Am 12. und 13. Dezember nahm Ludwig Essig in Brüssel an einer Konferenz teil, die sich mit dem Export von in der EU verbotenen Pestiziden befasste. Das Thema Doppelstandards im EU-Export gewinnt zunehmend an Bedeutung, insbesondere im handelspolitischen Kontext. Die Konferenz bot wertvolle Möglichkeiten zur Vernetzung und zum Wissensaustausch.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen organisierte das Netzwerk am 17. Dezember ein kurzfristiges Webinar, um über die Neuerungen im Vertragstext zu informieren und mit relevanten Akteur*innen das weitere Vorgehen zu besprechen.

Zusätzlich bereitete das Netzwerk einen EU-Mercosur-Block für die „Wir haben es satt“-Demo im Januar vor. Dazu wurden der Flyer aktualisiert und ein neues Banner gestaltet.

Auf Bitten der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft nahm Ludwig Essig an einem Verbändegespräch mit Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir teil. Zudem konnte das Netzwerk ein neues Förderprojekt mit Miserieor starten und den ersten Auszahlungsantrag stellen.





**IM FOKUS**

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

„Den aufgeheizten Bauernprotesten Anfang 2024 stellte die Kampagne Meine Landwirtschaft mit ihrer ‚Wir haben es satt!‘-Demo einen starken alternativen Protest für eine gentechnikfreie, bäuerliche und umweltverträgliche Landwirtschaft entgegen. Die Kampagne machte mobil für nachhaltige Agrar- und Ernährungspolitik an den europäischen und landespolitischen Wahlurnen und bleibt damit auch in Zeiten des Rollbacks in der europäischen Umweltpolitik beharrlich.“

**Anne Skambraks, Leiterin Kampagne „Meine Landwirtschaft“
(Elternzeitvertretung)**



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Inka Lange, Anne Skambraks, Nicola Puell, Susana Woitzik, Mia Mancini, Pauline Naterstad, Wiebke Beushausen, Laura Krivocheia, Johannes Kiefl, Svea Betker



**Mehr Informationen im Internet:
www.meine-landwirtschaft.de**



Aktion Hof mit Zukunft – Fachgespräche auf dem Getreidefeld

Foto: Carla Ullrich

IM FOKUS

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

„Meine Landwirtschaft“ ist ein Projekt des Forum Umwelt & Entwicklung unter der Rechtsträgerschaft des DNR. Im Projekt ist das „Wir haben es satt!“-Bündnis aktiv, ein breiter Zusammenschluss von rund 60 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie Entwicklungszusammenarbeit. Das Bündnis setzt sich seit 2010 gemeinsam für eine Ernährungs- und Agrarwende ein. Die Organisationen wollen hin zu einer bäuerlich-ökologischeren sowie sozial-, tier- und umweltfreundlichen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in Deutschland und weltweit.

„Wir haben es satt!“-Protest im Januar

Die „Wir haben es satt!“-Demonstration (WHES) fand am 20. Januar 2024 mit 8.000 Menschen und 50 Treckern unter dem Motto „Gutes Essen braucht Zukunft - für eine gentechnikfreie, bäuerliche und umweltverträgliche Landwirtschaft“ statt. Die Route führte von der SPD-Parteizentrale zum Kanzleramt, vorbei am Finanzministerium, dem Landwirtschaftsministerium und dem Bundestag – denn Landwirtschaft betrifft alle Bereiche der Politik und Gesellschaft. Ende 2023/Anfang 2024 beherrschten in ganz Europa Bauernproteste die gesellschaftliche und politische Debatte. Die WHES-Demo wurde im Vergleich zu den Bauernprotesten, die u. a. vom Bauernverband

organisiert wurden, als ausgleichendes Element bzw. alternativer Protest in der Presse und Öffentlichkeit wahrgenommen. Durch die klare Abgrenzung der WHES-Demo gegenüber rechtsextremen Ideologien und Parteien, Menschenfeindlichkeit, Demokratiefeindlichkeit, Umsturzfantasien und Rassismus wurde einer weiteren Polarisierung der Debatte entgegengewirkt. Am Vormittag des Demotages übergaben die Bäuerinnen und Bauern, die mit ihren Traktoren nach Berlin gekommen waren, eine Protestnote zum Thema „Ungerechtigkeit und Hunger stoppen: Bäuerliche Rechte weltweit stärken!“ an Bundesminister Cem Özdemir und die im Global Forum for Food and Agriculture versammelten Agrarminister*innen der Welt.

Im Rahmenprogramm der Protestaktion sind die „Schnip-peldisko“ am Vorabend und das „Fest der Agrarwende“ am Demoabend zu erwähnen, an denen rund 1.400 Menschen teilnahmen. An der Erstellung des Mobilisationsvideos beteiligten sich im Vorfeld zahlreiche Personen mit der Einsendung eines Videos unter dem Hashtag „Zukunft braucht dich!“. Auch das Hintergrundvideo des Bündnispartners Grüne Liga zum Thema Saatgutvielfalt und Regulierung von Gentechnik hat zu einer überragenden Social-Media-Begleitung des Demotages beigetragen.

Weitere Aktivitäten

Welche Interessen der Agrochemie-Industrie stehen hinter der Behauptung, Pestizide seien weder schädlich für unsere Gesundheit noch für die Umwelt? Was sind die wiederkehrenden agrarindustriellen Mythen – und was steckt wirklich dahinter? Diesen und weiteren Fragen wird seit 2024 auf der neuen Informationsplattform www.agrar-industrie.de auf den Grund gegangen. Veröffentlicht wurden bisher Factsheets zur Agrochemie-Industrie, der Fleischindustrie und Steckbriefe zu Bayer und BASF.

Vom 13.-16. Juni 2024 fand das bewährte Dialogformat „Hof mit Zukunft“ im vierten Jahr auf landwirtschaftlichen Betrieben in ganz Deutschland statt. 70 junge Klima- und Umweltaktivist*innen verbrachten die Zeit auf rund 20 Bauernhöfen, um gemeinsam auf den Höfen zu arbeiten und über eine zukunftsfähige Agrarpolitik ins Gespräch zu kommen. Die Teilnehmenden erarbeiteten auf ihren Hofbesuchen zusammen mit den Bäuerinnen und Bauern gemeinsame Forderungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung. Ein regionaler Schwerpunkt wurde auf Höfe und Betriebe in Ostdeutschland gelegt. Circa die Hälfte der beteiligten Höfe waren konventionelle Betriebe. Nach dem Frühjahr im Zeichen der polarisierenden Bauerndemos in Europa wurde das Dialogformat in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit als sehr ausgleichend wahrgenommen, denn die Teilnehmer*innen beider Seiten berichteten beeindruckt von ihren Begegnungen und dem Austausch zwischen Aktivismus und Landwirtschaft.

Darüber hinaus wurden im Wahljahr 2024 sowohl die Europawahl als auch die drei ostdeutschen Landtagswahlen im Herbst kampagnenseitig begleitet. Dabei lag der Fokus zur Europawahl auf Social Media-Arbeit unter dem Hashtag #VoteFutureEU in Zusammenarbeit mit „Good Food Good Farming“ (s.u.). Die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wurden durch eine Videoreihe flankiert, die mit zum Teil über 40.000 Aufrufen auf TikTok ungewöhnlich große Reichweite erzielen konnte. Zusätzlich wurden Wahlprüfsteine für Sachsen und Thüringen für Instagram grafisch ausgearbeitet.

Good Food Good Farming

Unter der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ ist auch die europaweite Plattform „Good Food Good Farming“ (GFGF) tätig, die seit 2018 Kampagnen für eine nachhaltige Agrar- und Ernährungspolitik in der EU durchführt.

Nachdem die GFGF Anfang des Jahres die Konzeption fertiggestellt hatte, startete die europaweite Kampagne am 1. Februar 2024 unter dem Hashtag #VoteFutureEU. Mit einer partizipativen Aktion, dem Gestalten und Hissen einer „Vote for the future“-Flagge, sollte das Bewusstsein für dieses Thema in allen 27 EU-Mitgliedstaaten geschärft und die Bürger*innen zur Teilnahme an den Wahlen motiviert werden. Parallel dazu entwickelte GFGF Online-Kommunikationsmaterialien, um weitere Informationen über die Bedeutung der EU-Wahlen bereit- und einen Bezug zum alltäglichen Leben herzustellen. Die Materialien wurden ab März in allen EU-Sprachen zum freien Download zur Verfügung gestellt. Das Abschlussevent der Kampagne fand am 1. Juni 2024 mit einer von GFGF und Climate Action Network Europe organisierten Demonstration in Brüssel statt.

Im Oktober 2024 organisierte GFGF die jährlich stattfindenden Aktionstage. Die Aktionstage haben zum Ziel, Menschen in ganz Europa für die GFGF-Bewegung zu mobilisieren und das GFGF-Netzwerk zu erweitern. In diesem Jahr wurde mit den Aktionen speziell auf die Bedeutung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) aufmerksam gemacht sowie für eine bessere GAP nach 2027 gearbeitet. Dazu wurden im Rahmen der Aktionstage „Rezepte für bessere Lebensmittelsysteme“ aus ganz Europa gesammelt, die 2025 als Buch gebunden an die EU-Kommission übergeben werden sollen. Durch die Projekt-, Mobilisierungs- und Informationsarbeit von GFGF konnten 64 Aktionen in 25 europäischen Ländern sichtbar gemacht werden und mit Presse- und Social-Media-Arbeit begleitet werden. Im Zusammenhang mit den Aktionstagen wurden zwei Videos erstellt und in acht Sprachen übersetzt.

Die Kampagne Meine Landwirtschaft/Wir haben es satt! wird gefördert durch Trägerbeiträge, Spenden, Gekko, Healthy Food Healthy Planet (HFHP), die European Climate Foundation und die Oak Foundation.

Die Plattform Good Food Good Farming wird gefördert durch Porticus, European Climate Foundation und Slow Food International.





IM FOKUS

Strukturen und Zahlen

„Auch umweltpolitisches Engagement kommt ohne die gesunde Basis von Haushalts- und Ausgabenplanung, die Umsetzung formaler Vorschriften, Steuer- und Registermeldungen und weiteren administrativen Prozessen nicht aus. Das zuständige Team im DNR liefert die Grundlage aller anderen Tätigkeiten im Dachverband und ist ein wichtiger Stützpfeiler unserer Transparenz als Nicht-regierungsorganisation.“

Florian Schöne, DNR-Geschäftsführer



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Sandra Schmidt, Sandra Punger, Susanne Stang, Savina Fürbaß-Zokoll (ab 04/2024), Karen Walkowski, Fanny Feldmann, Annika Schmidt (ab 07/2024), Julien Schmidt (ab 09/2024), Lisa Berndt (bis 06/2024)



Mehr Informationen im Internet:
www.dnr.de

EINNAHMEN 2024

Einnahmen in €

Institutioneller Haushalt DNR

Veröffentlichungen	0,00
Zinseinnahmen	0,20
Vermischte Einnahmen	10.188,37
Zweckfreie Spenden	0,00
Zweckgebundene Spenden	6.051,00
Übertrag aus Einnahmen zweckgebundener Spenden	0,00
Zuwendungen des BfN	1.834.751,40
Erstattung aus Verwaltungsausgaben	111.813,03
Mitgliedsbeiträge	181.400,00
Geldbußen	0,00
Summe institutioneller Haushalt DNR:	2.144.204,00

Projekte DNR

Zuwendung des Bundes für Projekte	37.115,09
Zuwendung Dritter	192.735,05
Summe Projekte DNR:	229.850,14

Institutioneller Haushalt
Forum Umwelt & Entwicklung

Veröffentlichungen	0,00
Zuwendungen des BfN	418.640,00
Mitgliedsbeiträge	45.500,00
Summe institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung:	464.140,00

Projekte
Forum Umwelt & Entwicklung

Zuwendung des Bundes für Projekte	283.345,91
Zuwendung Dritter	1.215.216,92
Summe Projekte Forum Umwelt & Entwicklung:	1.498.562,83
Gesamtsumme	4.336.756,97

AUSGABEN 2024

Ausgaben in €

Institutioneller Haushalt DNR

Ehrenamt	7.700,00
Personal	1.400.151,40
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	158.745,21
Mieten und Pachten	165.625,31
Aus- und Weiterbildung	14.689,79
Aufträge an Dritte	134.597,36
Reisekosten	20.105,66
Außergewöhnlicher Aufwand	5.713,38
Veröffentlichungen	142.970,82
Veranstaltungen	58.361,62
Vermischte Verwaltungsausgaben	19.949,02
Beiträge Vereine, Gesellschaften	4.350,00
Beiträge internationale Organisationen	11.244,43
Summe institutioneller Haushalt DNR:	2.144.204,00

Projekte DNR

Projekte des Bundes	32.297,08
Projekte Dritter	241.258,53
Summe Projekte DNR:	273.555,61

Institutioneller Haushalt
Forum Umwelt & Entwicklung

Personal	363.900,00
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	18.544,98
Mieten und Pachten	23.059,41
Reisekosten	9.474,19
Veröffentlichungen	30.135,76
Veranstaltungen	6.622,13
Vermischte Verwaltungsausgaben	12.403,53
Summe institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung:	464.140,00

Projekte
Forum Umwelt & Entwicklung

Projekte des Bundes	243.630,76
Projekte Dritter	1.259.411,45
Summe Projekte Forum Umwelt & Entwicklung:	1.503.042,21
Gesamtsumme	4.384.941,82

PROJEKTE DNR 2024

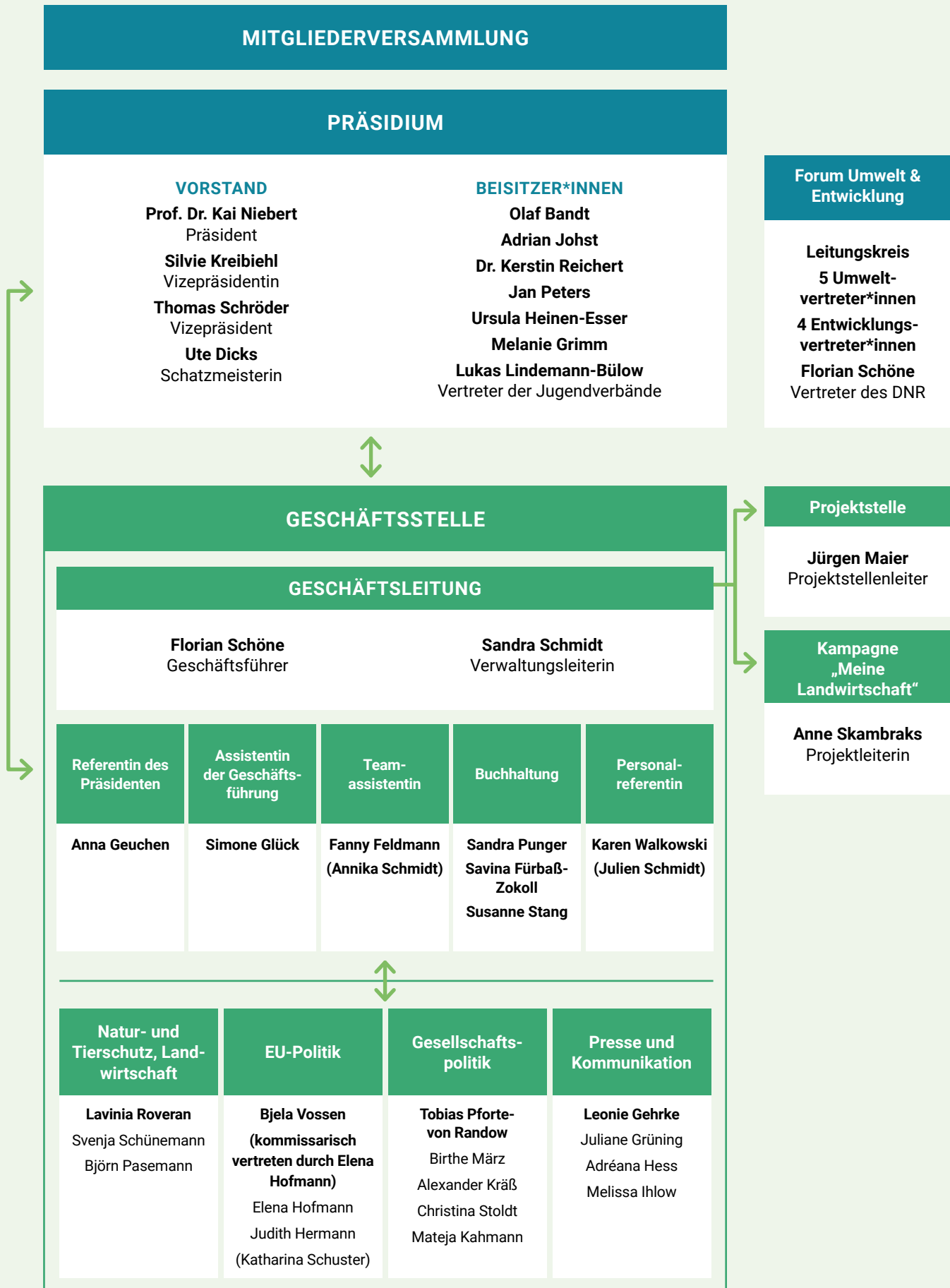
	Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
Zuwendungen des Bundes			
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. als Projektträger, beauftragt vom BMBF	Gemeinsame Agrarpolitik Phase II / Teilprojekt 5	32.379,27	27.973,77
BUND (BMUV)	Ressourcenwende II	4.735,82	4.323,31
Zwischensumme		37.115,09	32.297,08
Zuwendungen Dritter			
BUND e.V.	Analyse Ressourcenpolitik	-2.083,21	-771,73
BUND, DUH, NABU	Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende	-1.077,86	-96,52
DBU	Bits und Bäume reloaded	2.316,97	-4.677,87
ECF	Schnelle Energiewende 2023-2024	42.021,32	26.466,33
ECF	EU-Wahlvorbereitung 2023-2024	7.900,00	24.334,64
ECF	ECF-Industrie	39.988,00	70.933,47
ECF	ECF-Beschleunigte Energiewende	42.287,00	59.694,36
ECF	ECF-EU 2024	46.250,00	50.243,02
diverse	Fraunhofer ISE Solarstudie	15.132,83	15.132,83
Zwischensumme		192.735,05	241.258,53
Gesamtsumme		229.850,14	273.555,61

PROJEKTE FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG 2024

	Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
Zuwendungen des Bundes			
UBA	SDG Green Economy und globale Nachhaltigkeitspolitik	65.674,29	71.599,03
BfN	Dialogplattform Wald	60.695,00	45.911,72
UBA	SAICM	57.016,62	53.160,01
BMUV	GYBN CVBD COP16	99.960,00	72.960,00
Zwischensumme		283.345,91	243.630,76
Zuwendungen Dritter			
GIZ	Recovering Sustainably	40.711,10	46.621,82
GIZ	EITI	33.543,10	29.301,08
bis zu 80 Trägerorganisationen	Netzwerk Gerechter Welthandel	22.943,60	38.164,22
diverse	Global Youth Biodiversity Network	444.292,61	476.449,83
bis zu 50 Trägerorganisationen und diverse Dritte	Kampagne Meine Landwirtschaft	618.490,74	616.291,52
diverse	Sonstiges	55.235,77	52.582,98
Zwischensumme		1.215.216,92	1.259.411,45
Gesamtsumme		1.498.562,83	1.503.042,21

ORGANIGRAMM DES DNR

(Stand: 12/2024)



DNR-PRÄSIDIUM**(Stand: 12/2024)**

Name	Hintergrund
Prof. Dr. Kai Niebert Präsident	Prof. Dr. Kai Niebert ist seit 2015 DNR-Präsident. Er forscht und lehrt als Nachhaltigkeitsexperte an der Universität Zürich. Seine Schwerpunkte liegen in der Vermittlung verschiedener Aspekte der Nachhaltigkeit, besonders mit Blick auf den Klimawandel und die planetaren Belastungsgrenzen.
Silvie Kreibiehl Vizepräsidentin	Die Klimafinanzierungsexpertin und gelernte Diplom-Kauffrau Silvie Kreibiehl ist Vorstandsvorsitzende der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch.
Thomas Schröder Vizepräsident	Seit Oktober 2011 leitet Thomas Schröder als Präsident die Geschicke des Deutschen Tierschutzbundes. Seit 2017 ist er zudem Vorsitzender der Stiftung des Deutschen Tierschutzbundes.
Ute Dicks Schatzmeisterin	Ute Dicks führt seit 2001 die Geschäfte des Deutschen Wanderverbandes (DWV) in Kassel. Seit 2008 ist sie zudem Geschäftsführerin der Deutscher Wanderverband Service GmbH.
Jan Peters Beisitzer	Jan Peters wurde am 11. Oktober 2024 als Beisitzer ins DNR-Präsidium gewählt. Der Diplom-Landschaftsökologe ist Geschäftsführer der Michael Succow Stiftung, Partner im Greifswalder Moor Centrum, dessen Koordinationskreis er angehört.
Ursula Heinen-Esser Beisitzerin	Ursula Heinen-Esser wurde am 11. Oktober 2024 als Beisitzerin ins DNR-Präsidium gewählt. Die Diplom-Volkswirtin und ehemalige Landesumweltministerin des Landes Nordrhein-Westfalen ist Präsidentin der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (Bundesverband).
Melanie Grimm Beisitzerin	Melanie Grimm wurde am 11. Oktober 2024 als Beisitzerin in das DNR-Präsidium gewählt. Die Diplom-Sozialpädagogin ist seit 2015 Vizepräsidentin des Deutschen Alpenvereins (DAV).
Adrian Johst Beisitzer	Der Biologe Adrian Johst ist Geschäftsführer der Naturstiftung David, einer Stiftung des BUND Thüringen.
Olaf Bandt Beisitzer	Der Diplom-Ingenieur für Umwelttechnik Olaf Bandt ist seit vielen Jahren beim BUND tätig. Seit 2019 ist er BUND-Vorsitzender.
Dr. Kerstin Reichert Beisitzerin	Die Biologie- und Chemielehrerin Dr. Kerstin Reichert ist seit 2019 Vizepräsidentin Sportentwicklung im Verband Deutscher Sporttaucher (VDST).
Lukas Lindemann-Bülow Jugendvertreter	Lukas Lindemann-Bülow vertritt die Jugendverbände der Mitgliedsorganisationen im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings. Er ist Mitglied der Bundesleitung der Naturfreundejugend Deutschlands.

DNR-MITGLIEDSCHAFTEN

(Stand: 12/2024)

Ansprechpartner*in

Allianz für Transformation des Bundeskanzleramts	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR), Tobias Pforte von Randow (DNR)
Allianz für Weltoffenheit	Tobias Pforte von Randow (DNR)
Aktionsbündnis Klimaschutz	Tobias Pforte von Randow (DNR)
Aktionsbündnis Lebendige Oder	Florian Schöne (DNR)
Bündnis für Gemeinnützigkeit	Florian Schöne (DNR)
Bündnis für bezahlbaren Wohnraum	Tobias Pforte von Randow (DNR), Birthe März (DNR)
Netzwerk Bits und Bäume	Simone Glück (DNR), Alexander Kräss (DNR)
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	Florian Schöne (DNR)
Climate Action Network (CAN)	Elena Hofmann (DNR)
Deutsches Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)	Margita Dihlmann (bfub)
Europäische Vereinigung für Normung der Umweltverbände (ECOS)	Florian Schöne (DNR), Margita Dihlmann (bfub)
Europäisches Umweltbüro (EEB)	Bjela Vossen (DNR)
Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Bjela Vossen (DNR)
Fachagentur Windenergie an Land	Florian Schöne (DNR)
Gebäude-Allianz	Birthe März (DNR)
International Union for the Conservation of Nature (IUCN), Focal Point Deutschland	Florian Schöne (DNR), Lavinia Roveran (DNR)
Initiative Bundesweiter Digitaltag	Silvie Kreibiehl (DNR), Tobias Pforte von Randow (DNR)
Initiative kulturelle Integration (Deutscher Kulturrat)	Kai Niebert (DNR), Anna Geuchen (DNR)
Interkulturelles Bündnis für Nachhaltigkeit	N. N.
Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ)	Florian Schöne (DNR), Simone Glück (DNR)
Innovationspartnerschaft des BMWSB	Tobias Pforte von Randow (DNR), Birthe März (DNR)
Kurs Z (früher ZukunftsPiloten)	Florian Schöne (DNR), Sandra Schmidt (DNR)
Netzwerk gerechter Welthandel	Ludwig Essig (Forum Umwelt und Entwicklung)
Ökologischer Tourismus in Europa e.V. (ÖTE)	Florian Schöne (DNR)
Verein Grüner Strom Label	Birthe März (DNR)

VERTRETER*INNEN DES DNR IN VERSCHIEDENEN GREMIEN

(Stand: 12/2024)

Vertreter*innen des DNR in verschiedenen Gremien

delegiert

Bundesministerium für Wohnen, Städtebau und Bauwesen (BMWSB), Beirat Innenstadt	Kerstin Haarmann (VCD)
Bundesstelle für Energieeffizienz (BfEE), Beirat	Gabrielle Terhorst (BUND)
BMUV Beirat "Umwelt und Sport"	Ute Dicks (Deutscher Wanderverband)
Bundesplattform Wald – Sport, Erholung, Gesundheit (WaSEG) des BMEL, Beirat	Ludwig Wucherpfennig (DAV)
Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau, Jurymitglied	Florian Schöne (DNR)
DBU Naturerbe GmbH, Beirat	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
DIN-Normenausschuss Grundlagen des Umweltschutzes (NAGUS)	Dr. Ludwig Glatzner (BUND)
Deutsch-Französischer Bürgerfonds des BMFSFJ, Beirat	Germanwatch (N.N.)
Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt, Fachbeirat Strukturförderung	Florian Schöne (DNR)
Einwegkunststoffkommission (BMUV), Mitglied	Dr. Rolf Buschmann (BUND)
Europäisches Umweltbüro (EEB), Deutsches Council-Mitglied, Board-Mitglied und Vizepräsidentin	Bjela Vossen (DNR)
Fachagentur Windenergie an Land, Vorstandsmitglied	Florian Schöne (DNR)
Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR), fachlicher Beirat	Lavinia Roveran (DNR)
Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE), Beirat	Adrian Johst (Naturstiftung David), Stellvertreter Florian Schöne (DNR)
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), Vorsitzender des Kuratoriums	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Kommission für Anlagensicherheit (KAS), Kommissionsmitglied	Volker Molthan (BUND)
Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU), Fachbeirat	Margita Dihlmann (bfub)
Nationale Plattform (NP) Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Mitglied	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Nationaler GAP-Strategieplan des BMEL, Begleitausschuss	Lavinia Roveran (DNR)
Naturerbeberater bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Ratsmitglied	Adrian Johst (Naturstiftung David) Stellvertreter: Christian Unsel (NABU)
Projektstelle Forum Umwelt und Entwicklung (FUE), Leitungskreis	Florian Schöne (DNR)
Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Steuerungsbereich zur Normungsroadmap Wasserstofftechnologien (Verbundprojekt von) DIN, DKE, DVGW, NWB, VDA, VDI und VDMA	Sascha Müller-Kraenner (DUH)
Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE, Beirat	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Stiftung Naturschutzgeschichte, Beirat im Kuratorium	Undine Kurth (ehemals DNR)
Stiftung Umweltenergie recht, agree.d-Projekt („Auswirkungen des EU Green Deal auf Klimaschutz- und Energierecht in Deutschland“), Projektbeirat	Elena Hofmann (DNR)
Umweltgutachterausschuss (UGA), Mitglieder	Vollmitglied (und stellv. UGA-Vorsitzender): Prof. Dr. Frank Ebinger (BUND), Stellvertreter: Dr. Ludwig Glatzner (BUND), Vollmitglied: Dr. Stefan Müssig (BfUB), Stellvertreterin: Marion Hammerl (Boden- see-Stiftung), Vollmitglied: Dr. Joachim Nibbe (Natur- freunde), Stellvertreter*in: N. N.
Umweltzeichen (Blauer Engel), Jury	Katharina Istel (NABU), Julia Römer (BUND)
Zentrale Stelle Verpackungsregister, Verwaltungsrat	Katharina Istel (NABU)
Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL)	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Zusammen für Demokratie, Koordinierungsausschuss	Anna Geuchen (DNR)



Gründung



Vertretene
Organisationen
(Stand: 12/2024)



Erreichte
Menschen

Gemeinsames Ziel

Natur- und Lebensräume schützen, Schönheit der Landschaft und Ressourcen unseres Planeten bewahren.



Schwerpunkt 01

Unser Naturverständnis

Für den DNR ist Natur sowohl physische Lebensgrundlage als auch entscheidend für ein sinnerfülltes Leben des Menschen. Erst die unmittelbare Erlebbarkeit von Natur und Landschaften bietet einen emotionalen Zugang zu ihr. Neben der Erhaltung der biologischen Vielfalt muss daher der Schutz der Landschaften wieder ins Zentrum des Naturschutzes gerückt werden.



Schwerpunkt 02

Nachhaltigkeit

Damit die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden können und die heutige Gesellschaft nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt, sind Entscheidungen auf allen politischen Ebenen auf der Grundlage von Nachhaltigkeitsanforderungen zu treffen, die sich an den Zielen der Biodiversitätserhaltung orientieren. Hierfür müssen für die jeweiligen Bereiche anspruchsvolle Standards als Orientierung für verantwortungsbewusstes Handeln entwickelt werden. Der DNR gestaltet mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diesen Prozess mit.



Schwerpunkt 03

Gesellschaftlicher Umbau

Das heutige Finanz- und Wirtschaftssystem stößt an seine Grenzen. Notwendig ist die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, verbunden mit weniger Konsum in den Industriegesellschaften, einer entsprechenden Regulierung der Finanzmärkte sowie einer ökologischen Finanzreform. Darüber hinaus setzt sich der DNR für die Einführung eines nationalen Wohlfahrtsindex als Maßstab für gesellschaftliche und politische Entscheidungen zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts ein. Er strebt eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen im Sinne eines an seinen Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Wettbewerbsrechts an.

DNR-MITGLIEDER 2024 (Stand: 12/2024)



Impressum

HERAUSGEBER

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur-, Tier-
und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.
Marienstraße 19-20, 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 6781775-70
E-Mail: info@dnr.de
www.dnr.de

REDAKTION

Simone Glück, Florian Schöne, Leonie Gehrke, Adréana Hess, Melissa Ihlow, Juliane Grüning, Susanne Stang

LAYOUT UND GESTALTUNG

Henrike Ott

FOTOS

Titelbild: AdobeStock/creativenature.nl, S. 4 Thomas Entzeroth (Prof. Dr. Kai Niebert), Thorsten Greb (Florian Schöne), S. 5: Florian Schöne, S. 6: AdobeStock/Josi, S. 7: Juliane Grüning, S. 8: AdobeStock/Tilo Grellmann, S. 10: AdobeStock/Stockadrik, S. 12: AdobeStock/tw stock photo, S. 13: AdobeStock/PhotoArt, S. 14: AdobeStock/24K-Production, S. 15: Thorsten Greb, S. 16: AdobeStock/saturn06, S. 19: AdobeStock/sirisakboakaew, S. 20: AdobeStock/Symbiot, S. 22: AdobeStock/wlad074, S. 26: AdobeStock/Markus Spiske, S. 27: Thorsten Greb, S. 30: AdobeStock/Phanphen, S. 31: Annika Schmidt, S. 32: AdobeStock/New Africa, S. 36: AdobeStock/Image'in, S. 37: Forum Umwelt & Entwicklung, S. 38: AdobeStock/L De Bruin/peopleimages.com, S. 40: AdobeStock/Ojo, S. 43: AdobeStock/Parilov, S. 45: AdobeStock/industrieblick, S. 47: AdobeStock/vatcharapong, S. 48: Kristof Vadino, GoodFoodGoodFarming, S. 50: Carla Ulrich, S. 52: AdobeStock/AungMyo, S. 53: Thorsten Greb

VERÖFFENTLICHUNGSDATUM

Juli 2025

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.

Der Deutsche Naturschutzring wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie vom Bundesamt für Naturschutz auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Bundesamt für
Naturschutz

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages